

## **Protokoll der Sitzung des Kantonsrats vom 30. Juni 2006**

### **Vorsitz:**

Eröffnung durch das ratsälteste Ratsmitglied Vogler Hansruedi, Sachseln und nach der Neuwahl Kantonsratspräsident Brun Dominik, Engelberg.

### **Teilnehmende:**

53 Mitglieder des Kantonsrats;  
Entschuldigt abwesend die Kantonsratsmitglieder Hinter Ruedi, Sachseln, und Fallegger Willy, Alpnach.

6 Mitglieder des Regierungsrats (die abtretende Regierungsrätin Gander-Hofer Elisabeth und die neu gewählte Regierungsrätin Gasser Pfulg Esther).

### **Protokollführung und Sekretariat:**

Wallimann Urs, Landschreiber;  
Stöckli Annelies, Sekretärin.

### **Beginn der Sitzung:**

10.00 Uhr

### **Geschäftsliste**

- I. Eröffnung, Wahlerwahrung sowie Amtseid und Amtsgelübde
  1. Eröffnung durch das ratsälteste Mitglied, Vogler Hansruedi, Sachseln;
  2. Erwahrung der Gesamterneuerungswahlen von Kantonsrat und Regierungsrat (11.06.01);
  3. Wahl des Ratspräsidenten auf ein Jahr (13.06.11);
  4. Vereidigung (12.06.01):
    - 4.1 Eid/Gelübde des neuen Ratspräsidenten (Abnahme durch das ratsälteste Mitglied),
    - 4.2 Eid/Gelübde der Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats (Abnahme durch den neuen Ratspräsidenten).
- II. Wahlen
  1. Wahl des Vizepräsidenten auf ein Jahr (13.06.12);
  2. Wahl der übrigen Mitglieder der Ratsleitung auf ein Jahr:
    - 2.1 Wahl des/der ersten Stimmzählers/ Stimmzählerin (13.06.13),

- 2.2 Wahl des/der zweiten Stimmzählers/ Stimmzählerin (geheim) (13.06.14),
  - 2.3 Wahl des/der Ersatzstimmzählers/ Stimmzählerin (geheim) (13.06.15);
3. Wahl der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und des Präsidiums auf vier Jahre (13.06.21);
4. Wahl der Rechtspflegekommission (RPK) und des Präsidiums auf vier Jahre (13.06.31);
5. Wahl der Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) und des Präsidiums auf vier Jahre (13.06.41);
6. Wahl der Redaktionskommission auf vier Jahre (13.06.51);
7. Wahl des Landammanns auf ein Jahr (14.06.11);
8. Wahl des Landstatthalters auf ein Jahr (14.06.21);
9. Wahl des Landschreibers auf vier Jahre (14.06.31);
10. Wahl der kantonalen Steuerrekurskommission und des Präsidiums auf vier Jahre (14.06.51);
11. Wahl der Staatsanwältin auf vier Jahre (15.06.41);
12. Wahl der Verhörerichter auf vier Jahre (15.06.51);
13. Wahl der Jugendanwältin und des Stellvertreters auf vier Jahre (15.06.61).

### **III. Verwaltungsgeschäfte**

Bericht über den Stand der Planung und Massnahmen nach der Hochwasserkatastrophe 2005 sowie über die Schutzziele und Massnahmenvarianten zur Hochwassersicherheit Sarneraatal (32.06.06).

- I. Eröffnung, Wahlerwahrung sowie Amtseid und Amtsgelübde

### **Eröffnung durch das ratsälteste Kantonsratsmitglied, Vogler Hansruedi, Sachseln.**

**Vogler Hansruedi:** Es ist mir eine Ehre, Sie alle zur Eröffnungssitzung des Kantonsrats zur Amtsdauer 2006 bis 2010 begrüßen zu dürfen. Ganz besonders heisse ich die neu gewählten Mitglieder des Kantonsrats und die neue Regierungsrätin Gasser Pfulg Esther willkommen. Es sind insgesamt 13 Ratsmitglieder, die heute zum ersten Mal im Kantonsrat Einsitz nehmen. Ich wünsche Ihnen viel Befriedigung und vor allem auch Durchhaltewillen.

Die Statistik zeigt, dass das Parlament in der kommenden Amtsperiode etwas erfahrener ist, da sich der Mitgliederbestand etwas weniger rasant verändert hat. Die durchschnittliche Anzahl Amtsjahre je Mitglied ist leicht gestiegen. Das Durchschnittsalter liegt ebenfalls etwas höher als früher. Daraus könnte man leicht den Schluss ziehen, dass das Parlament etwas weiser geworden ist. Die Zukunft wird das aber erweisen.

Der Kantonsrat tagt heute zum ersten Mal unter dem neuen Kantonsratsgesetz und der neuen Geschäftsordnung. Es gibt ein paar Neuerungen. Die für den heutigen Tag wohl augenfälligste ist die Wahl des neuen Kantonsratspräsidenten, die nicht mehr geheim erfolgt. Dafür wird bei der erstmaligen Wahl in die Ratsleitung geheim abgestimmt. Weil wir ja auch etwas weiser geworden sind, werden wir uns sehr schnell an die verschiedenen Neuerungen gewöhnen.

#### *Neue Fraktionspräsidien:*

Ich orientiere Sie über Konstituierung der Fraktionen respektive über die Fraktionspräsidien, wie sie gemäss Artikel 10 des Kantonsratsgesetzes gemeldet wurden:

CVP-Fraktion: Omlin Lucia, Sachseln,

FDP-Fraktion: Ming Martin, Kerns,

CSP-Fraktion: Vogler Karl, Lungern,

SP-Fraktion: von Wyl Beat, Giswil,

SVP-Fraktion: von Rotz Christoph, Sarnen.

Ich stelle fest, dass die Einladung zur ersten Kantonsratssitzung und die Traktandenliste rechtzeitig publiziert und verschickt wurden.

*Der Traktandenliste wird nicht opponiert.*

### **11.06.01**

#### **Erwahrung der Gesamterneuerungswahlen von Kantonsrat und Regierungsrat.**

**Vogler Hansruedi:** Gemäss Kantonsverfassung Artikel 48, 57 und 66 der neuen Abstimmungsgesetzgebung führten wir am 12. März 2006 für die neue verfassungsmässige vierjährige Amtsdauer die Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats und des Regierungsrats durch. Die Gesamterneuerungswahlen wurden gemäss den Regierungsbeschlüssen vom 1. Januar 2006 (stille Wahl des Regierungsrats) sowie vom 14. März 2006 (Kantonsratswahlen) ordnungsgemäss vorgenommen. Wahlbeschwerden gegen das Ergebnis, das im Amtsblatt veröffentlicht wurde, gingen keine ein. Somit kann ich feststellen, dass die gesamten Wahlen des Regierungsrats und des Kantonsrats ohne Weiteres erwahrt werden können.

*Dem Ergebnis der Gesamterneuerungswahlen wird*

*nicht opponiert. Das Ergebnis ist somit erwahrt.*

#### *Provisorische Konstituierung:*

*Als provisorische Stimmzähler werden Infanger-Schleiss Annie, Engelberg, und Infanger Ruth, Engelberg, bestimmt.*

### **13.06.11**

#### **Wahl des Ratspräsidenten auf ein Jahr.**

**Vogler Hansruedi:** Ich mache noch auf die Ausstandspflichten aufmerksam: Mitglieder des Kantonsrats haben gemäss Artikel 8 des Kantonsratsgesetzes bei Wahlen in den Ausstand zu treten, wenn sie selber oder eine ihnen nahe stehende Person, namentlich Ehe- oder Lebenspartner, Verwandte oder Verschwägerter bis zum dritten Grad, Adoptiveltern, Adoptivstiefeltern und Kinder, Bevormundete und Verbeiständete zur Wahl kommen.

Bei Vorliegen eines Ausstandsgrunds hat das betroffene Mitglied den Saal zu verlassen, ausgenommen, wenn nur eine einzige Kandidatur vorliegt und diese nicht angefochten ist.

Ausstandspflichtige erhalten bei geheimen Wahlen keinen Wahlzettel. Im Zweifelsfall entscheidet der Kantonsrat über die Ausstandspflicht.

*Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird auf ein Jahr Brun Dominik, Engelberg, zum Kantonsratspräsidenten gewählt.*

### **12.06.01**

#### **Vereidigung.**

#### **Eid/Gelübde des neuen Ratspräsidenten.**

*Der neugewählte Kantonsratspräsident leistet das Gelübde (Abnahme durch das ratsälteste Kantonsratsmitglied, Vogler Hansruedi).*

**Präsident Brun Dominik:** Lieber Abt Berchtold, geschätzte Damen und Herren Regierungsräte, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat. Ganz speziell möchte ich auch die Medienvertreterin und Medienvertreter begrüßen. Ein ebenfalls ganz spezieller Willkomm gilt den neuen Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Die Engelberger haben es mir am leichtesten gemacht, denn sie kommen mit der alten Garde. So muss ich mir keine neuen Namen merken. Ganz speziell möchte ich natürlich auch die Gäste unter uns begrüßen. Ich habe es noch nie erlebt, dass im Kantonsratssaal so viele Gäste anwesend waren.

Ich freue mich sehr über die Wahl, und ich möchte im

Voraus schon ganz, ganz herzlich dafür danken, dass es so weit gekommen ist, dass ein Vertreter der SP-Fraktion da vorne sitzen kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, da nachher vielleicht nicht mehr alle Gäste anwesend sind, Abt Berchtold und dem ganzen Kloster für das Gastrecht und vor allem auch für die Messe von heute Morgen ganz herzlich danken. Wie Sie feststellen konnten, marschierte der ganze Schülerinnen- und Schülerchor auf. Für zwei Stunden wurde der Schulbetrieb hinter die Politik gestellt. Ich bitte Abt Berchtold, das auch an die Ordensgemeinschaft weiterzuleiten.

Auf der ganzen Welt, auch dort, wo man es kaum erwartet hat, wurden in letzter Zeit linke Regierungen gewählt: Diesen Frühling in Südamerika, in Chile, in Kolumbien (richtig Bolivien) mit Evo Morales. Sämtliche grösseren Städte in der Schweiz, von Lausanne über Bern nach Winterthur und Zürich – von wo der Alt-Engelberger Elmar Ledergerber grüssen lässt – werden heute von links-grünen Mehrheiten regiert. Und nun hat auch noch Obwalden einen SP-Vertreter als Kantonsratspräsidenten.

Aber keine Angst. Ich verliere den Kompass nicht. Zusammen mit allen SP-Mitgliedern weiss ich genau, dass der Kantonsratspräsident in erster Linie den Rat neutral leiten und den Kanton gegen aussen vertreten muss, wo immer das geht. Das nehme ich auch ernst und habe zu eigenen Lasten mein Schulpensum bereits reduziert. Immerhin habe ich zum ersten Mal in meiner über zwanzigjährigen Politkarriere eine Krawatte angeschafft. Dass es einen grünen Ton hat, dürfte allen klar sein.

Aber die zweite Bedeutung ist unendlich wichtiger, und diese hat sehr, sehr viel mit meiner Einstellung und mit dem politischen Denken der SP-Fraktion zu tun. Viel zu viele von uns wissen nämlich nicht – oder verdrängen es erfolgreich –, wie stark wir schon globalisiert sind, wie viel von unserer scheinbar eigenen Kultur wir aus dem Ausland übernommen haben. Sogar unsere Hauptreligion ist ausländisch. Sie kommt aus dem Morgenland, aus der gleichen Gegend wie die Synagogen und Minarette. Dann muss ich die fast schon selbstverständliche Überflutung auf dem technischen Gebiet gar nicht mehr erwähnen: All die Sonys und Microsofts, all die Beamer, iPods und MP3-Player, all die Subarus und die obszönen benzinverschlingenden Cherokee Chiefs, all die Shows und Events da in Obwalden, all die outdoor- und indoor-adventures da in Obwalden, all die Bungee-jumpings und Joints, pardon, Jointventures, all die Jeans und T-Shirts. Man kann kaum Gegensteuer geben und diejenigen, die es diktatorisch versuchen wollen, ohne eigenes Beispiel oder mit wenig Strategie, die erreichen das Gegenteil. Ich erwähne die Errettung des Vatikans von Obwalden aus. Der argumentationsarme Aufruf zum Boykott des

Da Vinci Codes hat vielleicht erst recht dazu geführt, dass zum Beispiel in diesem traditionellen Haus, in dem wir heute tagen, ein Pater mit den Schülern extra nach Luzern ins Kino reiste, weil es in Engelberg immer ausverkauft war, und weil er findet, dass Diskussion und Gespräche wichtiger sind als Repressionen und Abschottung.

Ich komme zurück zum unbemerkten Einsickern von Weltkultur. Ich komme zurück zur zweiten Bedeutung der Krawatte. Auf unserer letzten Reise durch Kroatien stellten wir plötzlich fest, dass die westliche Business-Krawatte aus dem Kroatischen kommt. Sogar das Wort haben wir im deutschsprachigen Gebiet beibehalten, aber wir wissen es möglicherweise nicht mehr: Das Kroatentuch, la croate, die Krawatte. Seit ich das weiss, kann ich – gerade in einem Tal, das zum grössten Prozentsatz von in- und ausländischen Touristen lebt – das Kroatentuch ungenierter tragen.

Jetzt komme ich noch zum linken Kantonsratspräsidenten zurück. Ich danke – auch im Namen der SP-Fraktion – allen ganz, ganz herzlich, die endlich den Begriff Demokratie ernst genommen haben, indem sie auch Minderheiten angemessen einbinden. Ich bin davon überzeugt, dass Obwalden demokratischer geworden ist, das heisst auch "sozial demokratischer". Demokratie heisst für mich Diskussion. Die Echtheit der demokratischen Prinzipien widerspiegelt sich im Behandeln, im Anerkennen und Wertschätzen von Minderheiten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht nur allen hier im Saal, sondern auch den unermüdlichen Vorkämpferinnen und Vorkämpfern für diesen Fortschritt danken. Den Jüngeren im Rat rufe ich gerne in Erinnerung, dass Santini Bruno schon 1982 ins Obwaldner Kantonsparlament gewählt wurde und 1990 die Wählergruppen bereits Fraktionsstärke erreichten. Aber wir mussten noch einmal zehn lange Jahre warten, bis wir anno 2000 unser erstes Mitglied ins Büro schicken konnten. Wir schickten selbstverständlich eine Frau, nämlich Birvé Monika. Leider trat sie dann aus beruflichen Gründen vorzeitig aus dem Kantonsrat und aus dem Büro aus, und die SP-Fraktion musste nochmals von vorne beginnen. Leider hatte niemand mehr genügend Kapazitäten. Alle SP-Mitglieder haben in wichtigeren Posten mitgearbeitet, in der Spitalkommission oder als Fraktionspräsidentin und so weiter. Also müssen Sie jetzt mit mir vorlieb nehmen.

Unsere Vorkämpferinnen und Vorkämpfer, vor allem diejenigen, die den heutigen Tag nicht mehr miterleben dürfen – Bruno Santini, und ich erwähne auch Amrhein Norbert von Kerns –, verdienen unseren grossen Dank und unsere Anerkennung für ihre Pionierdienste.

Ich habe gesagt, dass Obwalden demokratischer geworden sei. Wenn es nicht so wäre und die gleichen Machtspiele weitergingen, dann müsste die SVP-

Fraktion – bei gleich langen Spiessen, wie sie die SP-Fraktion damals hatte – bis 2026 auf ein Ratspräsidium warten.

Ma croate, mein Kroatentuch signalisiert nicht etwa, dass ich ein Europa-Turbo wäre. Aber ich bin für kompromissloses Akzeptieren von Menschen, von Menschen aus der ganzen Welt, kompromisslose Toleranz auch gegenüber von Menschen aus Ländern unseres Religionsstifters. Intoleranz gibt es für mich nur für die Intoleranten. Dass nach allem, was uns die neueste Geschichte gelehrt hat, so viele Rechtsradikale aktiv sind und sogar den symbolischen Ort unserer Landesgründung intolerant dominieren und terrorisieren, ist für mich ein Skandal. Da braucht es überall, auch in Obwalden, nicht nur Lippenbekenntnisse à la “Ich bin nicht etwa fremdenfeindlich” oder “Mit den Glatzköpfen habe ich nichts zu tun”. Nein, da braucht es mehr. Da braucht es Taten, da muss man hinstehen und auch das tun, was die Lippen bekannt haben.

Wie gesagt, ich bin kein Europa-Turbo. Small is beautiful. Aber ich bin für ein offenes, für ein weltoffenes Obwalden, für ein Obwalden, welches das einheimische Schaffen ehrt und pflegt und nicht nur auf die ganz gut Betuchten wartet, die hier ihre bescheideneren Steuern als andernorts abliefern dürfen. Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit für die Neuen im Rat und für diejenigen, die es verdrängen wollen, noch einmal, dass die SP-Fraktion den grössten Teil der Steuerstrategie mitgetragen hat und immer noch mitträgt, und auch für die Unternehmen den tiefsten Gewinnsteuersatz in der ganzen Schweiz akzeptiert hat. Hingegen muss ich nicht wiederholen, dass sich die SP-Fraktion seit Jahren für die Entlastung der kleinsten und mittleren Einkommen eingesetzt hat und bei der Steuerdiskussion auch viele Verbündete aus anderen Parteien gefunden hat.

Ich müsste eigentlich auch nicht wiederholen, dass es mir als altem Entlebucher extrem weh tut, wenn ich sehe, dass ein Corneliu Sfintesco – der das landesweit berühmte Unternehmen “Versandhaus Ackermann AG” nicht mehr am Leben erhalten konnte –, dass ein solcher Manager seine Millionen nie dort versteuert hat, wo sie dringend nötig gewesen wären, dort wo auch seine Arbeiter mit kleinem Einkommen und unbeweglichen Wohnsitzen Steuer bezahlen müssen. Herr Sfintesco hat seinen Steuersitz bei unseren grosszügigen Freunden im Kanton Nidwalden und in Zukunft vielleicht hier, wenn wir genug Wohn- und Lebensraum zur Verfügung stellen können, Wohnraum, der nicht vom jährlichen Hochwasser bedroht wird.

Jetzt bin ich von Engelberg ins Sarneraatal hinabgestiegen, nach Obwalden hinüber, wie die Einheimischen hier sagen. Vermutlich wird diese Legislatur als eine, die nie im Rathaus Sarnen tagen durfte, in die Geschichte eingehen. Das mag mich persönlich natür-

lich schon. Aber für die Sache ist es wichtiger. Dafür dürfen wir wenigstens heute in einem der schönsten Räume im weiten Umkreis tagen. Ich freue mich sehr, dass wir nach meinem Amtsjahr ein behindertengerechtes, modernes und trotzdem altherwürdiges Rathaus haben werden.

Ich freue mich auch sehr, wenn ich am Schluss meiner Legislatur feststellen darf, dass wir die fast unlösbare Hochwasserproblematik ebenso intelligent angegangen sind wie die Rathausrenovation. Wir werfen nur Geld aus dem Ersatz-Ratsaal, wenn wir keine Prävention betreiben, oder wenn wir die Prävention nicht ernster nehmen als der Regierungsrat in gewissen Jahren vor dem Jahrhundertereignis. Unser Volk will zweifellos mehr Schutz, aber ebenso zweifellos will es keine HQ300 bezahlen, also keine Präventionsmassnahmen, die 300- oder mehrjährige Schadenfälle verhindern sollten.

Ein ähnliches Problem bietet uns der Tunnel Grafenort-Engelberg. Auch da braucht es ein genaues Abwägen und Vorausdenken in die Zukunft. Könnten wir nach 20 oder 50 Jahren zurückblicken und uns dann zugestehen, dass man einen Tunnel, der schon fast fertig ausgebrochen ist, aber der auch schon 100 Millionen Franken verschlungen hat, dass man ein solches Projekt damals abgebrochen und die Probleme nicht gelöst hat, weil die Kosten explodiert sind? Könnten wir das? Wie gesagt, da braucht es ein intelligentes Abwägen.

Sie haben es gemerkt: Ich bin vom weltoffenen Obwalden mitten im politischen Alltag gelandet. Weil ich weiss, dass ein Kantonsratspräsident bei den Geschäften keine Kommentare mehr abgeben soll, möchte ich meine Hoffnung auf den Rat legen. Ich bin überzeugt, dass das neu geschaffene Instrument der parlamentarischen Anmerkung Beweglichkeit und Fortschritt bringt. Ich bin überzeugt, dass der Rat für unsere Jugend und die Bildung eine optimale Lösung finden und bewilligen wird, sowohl was die Finanzierung als auch die Bedürfnisse einer qualitativ guten Kantonsschule betrifft. Ich bin überzeugt, dass sich der Rat – sowohl der Regierungsrat als auch der Kantonsrat – erinnern wird, dass die Staatsrechnung schon dieses Jahr, also bevor die Steuerstrategie greift, mit dem besten Ergebnis seit eh und je abgeschlossen hat.

Ich hoffe natürlich, dass der Rat die Schulgeldverdoppelung für das Gymnasium und die knauserig gehandhabten Stipendien als falsche Entwicklung erkennen wird. Und noch einmal bin ich überzeugt, dass der Rat bei aller Weltoffenheit das einheimische Schaffen und die einheimischen Rohstoffe besser fördert und klare Signale in die globalisierte Welt hinausendet.

Ich spüre an Ihrem geistigen Nicken, dass Sie zwischen den Zeilen gehört haben, dass ich von den einheimischen Landwirtschaftsprodukten rede und

ebenfalls vom Holz. Es wäre ein deutliches Signal auch an die übrige Schweiz, wenn die sinnlosen, umweltzerstörerischen Öltransporte um die halbe Welt und den schönen Rhein hinauf ein kleinstes Bisschen eingedämmt würden, weil Obwalden mit erneuerbaren einheimischen Energien vorangeht. Es wäre ein deutliches Signal, wenn die breit abgestützte Motion zur Energiepolitik eine Kettenreaktion auslösen könnte. Auch damit könnte Obwalden im Gespräch bleiben.

Dass Obwalden nicht nur von Familienpolitik redet, sondern sie wirklich in die Tat umsetzt, das haben inzwischen so viele Parteien erklärt und versprochen, dass ich das gar nicht mehr erwähnen müsste. Ich hoffe nur, dass wir nicht von Wunschträumen ausgehen, sondern von der harten Realität. Und diese sagt leider Gottes, dass gemäss Statistik jede zweite Ehe in der Schweiz wieder getrennt wird, und psychische Trennungen gibt es noch viel mehr. Das müssen wir einfach wahrhaben, nicht etwa fördern, aber wahrhaben. Ich gehöre selber auch noch zur altmodischen Sorte und habe schon eine 31jährige Eheerfahrung hinter mir, und das erst noch mit derselben Frau. Familienpolitik heisst auch, eine familienfreundliche Gesellschaft fordern und leben, und zwar eine, die nicht von alten Idealvorstellungen ausgeht, sondern von heutigen Gegebenheiten. Eine Familienpolitik, die ein Klima von Akzeptanz schafft. Ich bin optimistisch. Noch vor wenigen Jahren haben gewisse Volksvertreter in Bern behauptet, Gewalt in der Familie gäbe es nicht. Jetzt heisst es wenigstens schon in der Zeitung: Wer schlägt, geht! Auch in Obwalden.

Aber mit dem Thema Gewalt in der Familie will ich nicht aufhören. Kehren wir wieder zurück zum Schönen. Auch das Kleine, Unscheinbare kann Lebensqualität bedeuten. Auch die Progressiven können wertkonservativ sein. Das dürfte ich vermutlich auch im Namen der SP-Fraktion sagen.

Ich glaube an den Kantonsrat von Obwalden. Ich glaube an die Obwaldnerinnen und Obwaldner, die demokratischer geworden sind. Ich glaube, dass der Spagat zwischen dem weltfreundlichen, also auch umweltfreundlichen, offenen Obwalden und dem Hegen und Pflegen von Kleinräumigem, von Nischen, gelingt. Mir ist das Micro Center Central Switzerland, das MCCS, mit seinen neuen Ideen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, also Menschen und Arbeitsplätzen, sehr wichtig. Mir ist die gemeinsame und auch überkantonale Wirtschaftsförderung im Sinne von Arbeitsplätzen-Schaffen für Menschen oder Arbeitsplätzen-Erhalten für Menschen sehr wichtig. Für unsere Dorfinfrastruktur, für unsere alten Leute und Kinder, für unsere Bauern, die frühmorgens mit Milchkannten unterwegs sind, und sogar für unsere Studenten am Kollegi ist zum Beispiel das Wettli-Lädeli gleich vis-à-vis vom Kloster wichtiger als der Länderpark in Nidwalden, der fast nur

mit dem Auto erreichbar ist. Small is beautiful, heisst es in der internationalen Sprache. Tragen wir Sorge dazu, unseren kleinen Raum lebensfähig zu erhalten. Jubeln wir nicht nur der Schweizer Nationalmannschaft zu, sondern auch dem Schweizer Wein, der viel nachhaltiger angebaut werden kann als ein ökologisch unsinniger Schiffstransportwein aus Übersee, oder geniessen wir wieder einmal ein saftiges einheimisches Biofleisch oder ein Poulet aus der Region und nicht ein Billigpoulet aus China, das schon unendlich viele Flugkilometer hinter sich hat. Stehen wir mit oder ohne Kroatentuch für das Vernünftige ein und nicht für das krankmachende Absurde, aber momentan Billigere. Stehen wir ein für Obwalden, dann wird es so oder so "Gutes aus Obwalden".

Man merkt, dass ich so lange in der Klosterschule gearbeitet habe. Ich bin auch ein bisschen zum Prediger geworden.

### **Eid/Gelübde der Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats.**

*Die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats leisten den Eid, beziehungsweise das Gelübde (Abnahme durch den neuen Ratspräsidenten).*

## **II. Wahlen**

**13.06.12**

### **Wahl des Vizepräsidenten auf ein Jahr.**

*Gemäss schriftlich eingereichtem Wahlvorschlag wird Enderli Franz, Kerns, als Kantonsratsvizepräsident gewählt.*

### **Wahl der übrigen Mitglieder der Ratsleitung auf ein Jahr:**

**13.06.13**

### **Wahl des/der ersten Stimmzählers/Stimmzählerin.**

*Gemäss schriftlich eingereichtem Wahlvorschlag wird Vogler Paul, Sachseln, als erster Stimmzähler gewählt.*

**13.06.14**

### **Wahl des/der zweiten Stimmzählers/Stimm-**

**menzählerin (geheim).**

*Ergebnis der geheimen Wahl:*

*Ausgeteilte Stimmzettel 52  
Eingelangte Stimmzettel 52  
Ungültige Stimmzettel 0  
Gültige Stimmzettel 52  
Absolutes Mehr 27  
Leere Stimmzettel 0*

*Mit 52 Stimmen wird Hug Walter, Alpnach, als zweiter Stimmzähler gewählt.*

**13.06.15****Wahl des/der Ersatzstimmzählers/Ersatzstimmzählerin (geheim).**

**Omlin Lucia:** Wie Sie dem Wahlvorschlag auf dem blauen Blatt entnehmen können, schlägt Ihnen die CVP-Fraktion Halter-Furrer Paula aus Giswil als Ersatzstimmzählerin vor.

Halter-Furrer Paula hat sich während ihrer bisherigen sechsjährigen Ratszugehörigkeit in verschiedenen Bereichen, vor allem in der Familien-, Bildungs- und Landwirtschaftspolitik für den Kanton Obwalden eingesetzt und sich so über die Parteigrenzen hinweg grosse Anerkennung verschaffen können.

Die CVP-Fraktion findet es im Übrigen wichtig und richtig, dass die Frauen auch weiterhin in der Ratsleitung vertreten sind. Last but not least ist es auch an der Zeit, dass die Gemeinde Giswil nach einer siebenjährigen Abwesenheit wieder einmal in der Ratsleitung vertreten ist.

Ich bitte Sie, den Wahlvorschlag der CVP-Fraktion zu unterstützen.

*Ergebnis der geheimen Wahl:*

*Ausgeteilte Stimmzettel 52  
Eingelangte Stimmzettel 52  
Ungültige Stimmzettel 2  
Gültige Stimmzettel 50  
Absolutes Mehr 26  
Leere Stimmzettel 2*

*Mit 48 Stimmen wird Halter-Furrer Paula, Giswil, als zweite Stimmzählerin gewählt.*

**13.06.21****Wahl der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und des Präsidiums auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden*

*folgende Kantonsratsmitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt:*

*Dr. Gasser-Scheuermeier Susanne, Sarnen  
von Wyl Beat, Giswil  
Hinter Ruedi, Sachseln  
Fallegger Willy, Alpnach  
Vogler Hansruedi, Sachseln  
Hurschler Alois, Engelberg  
Infanger-Schleiss Annie, Engelberg  
Imfeld Patrick, Sarnen  
Wyrsch Walter, Alpnach  
Küchler Paul, Sarnen  
Reinhard Hans-Melk, Sachseln*

*Als Präsidentin wird Dr. Gasser-Scheuermeier Susanne, Sarnen, gewählt.*

**13.06.31****Wahl der Rechtspflegekommission (RPK) und des Präsidiums auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Rechtspflegekommission gewählt:*

*Vogler Karl, Bürglen  
Brunner Monika, Alpnach  
Ming Martin, Kerns  
Halter Adrian, Sarnen  
Omlin Lucia, Sachseln  
Wagner Thade, Kerns  
Wernli Gasser Heidi, Sarnen  
Krummenacher-Mühlebach Maria, Sarnen  
Schälin Nussbaum Anna, Sachseln*

*Als Präsident wird Vogler Karl, Bürglen, gewählt.*

**13.06.41****Wahl der Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) und des Präsidiums auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen gewählt:*

*Michel Ernst, Kerns  
Brunner Monika, Alpnach  
Enderli Franz, Kerns  
Halter-Furrer Paula, Giswil  
Ming Martin, Kerns*

*von Rotz Christoph, Sarnen  
Omlin Lucia, Sachseln  
Wallimann Klaus, Alpnach  
Rötheli Max, Sarnen*

*Als Präsident wird Michel Ernst, Kerns, gewählt.*

### **13.06.51**

#### **Wahl der Redaktionskommission auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Kantonsratsmitglieder in die Redaktionskommission gewählt:*

*Omlin Lucia, Sachseln  
Ziegler Pius, Alpnach  
Koch-Niederberger Ruth, Kerns*

*Als Präsidentin wird Omlin Lucia, Sachseln, gewählt.*

### **14.06.11**

#### **Wahl des Landammanns auf ein Jahr.**

*Gemäss schriftlich aufgelegtem Wahlvorschlag wird turnusgemäss für das Jahr 2006/2007 der bisherige Landstatthalter Wallimann Hans, Giswil, Vorsteher des Finanzdepartements, als Landammann gewählt.*

**Wallimann Hans, Landammann:** Vorerst ist es mir ein echtes Bedürfnis, Ihnen, Herr Kantonsratspräsident, im Namen des gesamten Regierungsrats zu Ihrer ehrenvollen Wahl ganz herzlich zu gratulieren. Mit der Gratulation verbinde ich auch die besten Wünsche für die Ausübung der verantwortungsvollen Aufgabe, viel Mut und Kraft, aber auch viel Freude und Genugtuung. Ihnen, meine Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte gratuliere ich im Namen des Regierungsrats ebenfalls recht herzlich zur Ihrer Wahl respektive Wiederwahl. Ich ermuntere Sie, mit dem Regierungsrat zusammen sachliche, zielgerichtete Auseinandersetzungen zu führen und Entscheide zum Wohl für unser Volk zu treffen.

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte an den abtretenden Landammann zu richten. Er sagte vor einem Jahr anlässlich seiner Wahl zum Landammann, dass ein Jahr mit Entscheidungen bevorstehe, welche die Entwicklung unseres Kantons ganz entscheidend beeinflussen werden. Das Amtsjahr 2005/2006 werde von uns allen, von der gesamten Unternehmung Obwalden enorm viel abverlangt. Das war der planbare Teil. Zu diesem Zeitpunkt wusste noch niemand, dass es nebst

den ordentlichen Herausforderungen noch zusätzliche Herausforderungen geben wird, dass es nämlich die ausserordentlichen Herausforderungen bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe im August noch zu managen gilt. Dieses ausserordentliche Ereignis verlangte auch einen ausserordentlichen Einsatz. Wenn wir heute zurückschauen, dürfen wir alle feststellen, dass hier eine starke Führungshand wirkte. Herr Landammann, ich – und das darf ich sicher auch im Namen aller hier Anwesenden machen – danke Ihnen für Ihren enorm grossen Einsatz im vergangenen Jahr.

Sie haben mir vor einigen Minuten das Amt des Landammanns für das Jahr 2006/2007 übertragen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für das Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl entgegenbringen. Ich freue mich und bin hoch motiviert, die Aufgaben als Landammann anzupacken. Ich habe aber auch Respekt davor.

Ich will im Moment keine Versprechungen machen, ausser dass ich mich mit all meinen möglichen Kräften für die herausfordernde Aufgabe für unseren lebenswerten Kanton Obwalden und seine Bevölkerung einsetzen werde. Es gibt ein Sprichwort, das mehr oder weniger frei interpretiert sagt: "Es kommt sowieso, wie es kommt." Setzen wir uns dafür ein, dass möglichst vieles durch unseren Einfluss so kommt, wie wir es wollen, dass es kommt.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine erspriessliche und erfolgreiche Zusammenarbeit.

### **14.06.21**

#### **Wahl des Landstatthalters auf ein Jahr.**

*Gemäss schriftlich aufgelegtem Wahlvorschlag wird turnusgemäss für das Jahr 2006/2007 Hofer Hans, Sarnen, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements, als Landstatthalter gewählt.*

### **14.06.31**

#### **Wahl des Landschaftschreibers auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlag des Regierungsrats wird auf vier Jahre Wallimann Urs, Sarnen, als Landschaftschreiber gewählt.*

### **14.06.51**

#### **Wahl der kantonalen Steuerrekurskommission und des Präsidiums auf vier Jahre.**

**Imfeld Patrick:** Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen als neues Mitglied der Steuerrekurskommission Gasser-Ming Marlies vor. Sie ist in Lungern wohnhaft, verheiratet und hatte schon einige politische Ämter inne. So

war sie unter anderem im Kantonsrat und als Mitglied der Spitalkommission tätig. Beruflich ist sie im eigenen Betrieb im Personalwesen, in der Buchhaltung und in der Verwaltung tätig und bringt daher die besten Voraussetzungen für die Arbeit in der Steuerrekurskommission mit. Die CVP-Fraktion bittet Sie, die Kandidatin zu unterstützen und dankt Ihnen.

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden in die Kantonale Steuerrekurskommission gewählt:*

*Präsident: Gabriel Othmar, Sarnen*  
*Mitglieder: Riebli Klaus, Giswil*  
*Amstalden Hansruedi, Alpnach*  
*Vogler Klaus, Sachseln*  
*Durrer André, Sarnen*  
*Ersatzmitglieder: Britschgi Gaby, Giswil*  
*Mahler Martin, Engelberg*  
*Gasser-Ming Marlies, Lungern*

#### **15.06.41 Wahl der Staatsanwältin auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen wird auf vier Jahre Dr. iur. Omlin Esther, Sarnen, als Staatsanwältin gewählt.*

#### **15.06.51 Wahl der Verhörerichter auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden auf vier Jahre als Verhörerichter gewählt:*

*Verhörerichter I: Schöni Bernhard, Hergiswil*  
*Verhörerichter II: Boller Jürg, Kerns*  
*Verhörerichter III: Reimann Tobias, Luzern*

#### **15.06.61 Wahl der Jugendanwältin und des Stellvertreters auf vier Jahre.**

*Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden als Jugendantwältin/Jugendantwältin auf vier Jahre gewählt:*

*Jugendantwältin: Gettkowski Rita, Luzern*  
*Stellvertretung: Boller Jürg, Kerns*

*Verabschiedung von Regierungsrätin Gander-Hofer Elisabeth.*

**Präsident Brun Dominik:** Jetzt, da der Rat vervoll-

ständig und vereidigt ist, sehen wir, dass wir hier vorne am Tisch des Regierungsrats zu viele Leute haben. Das heisst, wir dürfen heute jemanden verabschieden. Gander-Hofer Elisabeth, die Regierungsrätin von Engelberg hat nämlich heute ihren letzten Arbeitstag. Das neue Amtsjahr beginnt ja am 1. Juli, und wir haben die neue Regierungsrätin Gasser Pfulg Esther bei uns zu Gast.

Ich möchte ein paar Worte zum Abschied von Gander-Hofer Elisabeth sagen. Es ist ein wunderbarer Zufall, dass sie ausgerechnet am Ort, an dem sie ihre politische Karriere beginnen konnte, nun auch in den wohlverdienten Ruhestand zurücktreten darf.

Sie war erst die zweite Frau im Regierungsrat von Obwalden, die von der Landsgemeinde 1995 gewählt wurde. Vor ihr war bereits Kuchler-Flury Maria seit 1992 als erste Frau im Regierungsrat. Ihre politische Erfahrung begann die gelernte Verwaltungsangestellte schon zehn Jahre früher zu sammeln, nämlich 1985 als Engelberger Gemeinderätin und drei Jahre später als Statthalterin.

Die damals neu gewählte Regierungsrätin musste oder durfte zuerst das Militär- und Polizeidepartement übernehmen. Eine Männerdomäne, sagte man damals, denn in dieser Funktion gab es noch nie in der Geschichte von Obwalden eine Frau an der Spitze. Trotzdem schaffte sie es dort in kurzer Zeit, tiefgreifende Veränderungen und Verbesserungen in den beiden Schutzorganisationen einzuleiten und umzusetzen.

Nach vier Jahren, also 1999, wurde die Verwaltung umfassend neu gegliedert. Im Rahmen dieser Departementsreorganisation wurde das Gesundheits- und Sozialdepartement geschaffen und Elisabeth Gander wechselte dorthin. Mitten in dieser Aufbauphase sprachen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für eine Verkleinerung des Regierungsrats auf fünf Mitglieder aus, und so musste man im Jahr 2002 schon wieder mit der Umstrukturierung beginnen. So kam es, dass Elisabeth Gander wieder zur Polizei und zum Militär zurückkam, gleichzeitig aber noch den Gesundheits- und Sozialbereich mitnahm.

Bis zu ihrem Rücktritt heute, 2006, stand sie nun dem Sicherheits- und Gesundheitsdepartement vor, einem Departement, das man mehr oder weniger ernsthaft das Mammutdepartement nennt. Dort stellte sie ihre ausgeprägte Führungsfähigkeit in verschiedensten Bereichen unter Beweis. Einerseits konnte sie die Sachen, die sich ergänzen, zusammenbringen, andererseits auch diejenigen Sachen, die sich beissen unter einen Hut bringen. Ihr kam dabei all das zugute, als sie im Amtsjahr 2004/2005 mit Umsicht und Effizienz das Amt der Frau Landammann ausüben durfte.

Zusammenarbeit war für Elisabeth Gander während der ganzen Regierungszeit immer etwas sehr Wichtiges. Das Wort lief wie ein roter Faden die ganze Zeit

durch alles hindurch. In ihrer elfjährigen Amtszeit arbeitete sie schweremittig mit an der kantonalen Spitalpolitik, der Einführung des Leistungsauftrags mit Globalbudget und der verstärkten Zusammenarbeit mit Nidwalden und Obwalden. Unter ihrer Federführung entstanden zahlreiche weitere Zusammenarbeitsprojekte, unter anderem das VSZ – die Zusammenführung der beiden Motorfahrzeugkontrollen zum Verkehrssicherheitszentrum Obwalden/Nidwalden –, die Schaffung einer gemeinsamen Fachstelle für Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden, die Eingliederung des Veterinärdienstes in das Laboratorium der Urkantone, die Neuregelung Chemie- und Strahlenschutz-Stützpunkt Sarnen zusammen mit Nidwalden sowie das Familienleitbild Obwalden/Nidwalden. Die Neuorganisation des Bevölkerungs- und Zivilschutzes, der kantonalen Militärorganisation und der Umbau Polizei-Einsatzzentrale, die Modernisierung der Polizei-Informatik und der Ausbau der Sicherheitseinrichtungen im Polizeigebäude tragen ebenso klar ihre Handschrift wie auch die Neuregelung des Schulgesundheitsdienstes und des „Sozial-medizinischen Dienstes“ in eine umfassende „Suchtberatung Obwalden“ mit breiter Vernetzung oder wie das Familienleitbild als Grundlage für eine künftige kantonale Familienpolitik.

Als Repräsentantin des Kantons arbeitete Elisabeth Gander zudem in zahlreichen Regierungskonferenzen, Stiftungsräten und anderen regionalen, kantonalen und nationalen Gremien zum Teil auch als Vorstandsmitglied mit. Ein kleiner Ausschnitt aus der langen Liste:

- Die wörtlich zahllosen Konferenzen der Zentralschweizer Regierungen, der Kantonsregierungen, die ihr Departement betrafen: von der Gesundheitsdirektoren- bis zur Gebirgsmilitärdirektorenkonferenz,
- Aufsichtskommission für das Laboratorium der Urkantone,
- Aufsichtskommission der Zivilschutzausbildungszentren Mythen Schwyz und Stans-Oberdorf,
- Fischereikommission und Schifffahrtskommission für den Vierwaldstättersee,
- Konferenz der kantonalen Vormundschaftsbehörden,
- Konkordatsbehörde Interkantonale Polizeischule Hitzkirch,
- Konkordatskonferenz über die Planung im Strafvollzug der Nordwest- und Innerschweiz.

Wie gesagt habe ich aus der riesigen Liste nur einige wenige ausgewählt und nicht immer die wichtigsten und arbeitsintensivsten.

Mit Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer tritt eine Magistratin zurück, die im Kanton Obwalden – und nicht nur hier – ein Fundament hinterlässt, auf dem man weiter bauen kann. Sie hat immer versucht, ganz klar zu analysieren, konsequent und zielgerichtet im

Handeln zu sein, und sowohl im Regierungsrat gegenüber den Parlamentarierinnen und Parlamentariern wie auch den Mitarbeitenden der Verwaltung gegenüber eine stets verlässliche Partnerin zu sein, immer auf gute, gemeinsam erarbeitete und langfristig tragfähige Lösungen bedacht, auf Lösungen notabene zu Gunsten aller Bevölkerungskreise, der Starken und der Schwachen, der Gesunden und der Kranken, der Bedrohten und derer, die in Not geraten sind. Zudem hat Elisabeth Gander in ihrer umgänglichen Art sozusagen als „wandelnde Aufforderung“ gewirkt, sich niemals unterkriegen zu lassen, nicht so leicht aufzugeben und stets an das Gute, das Bessere zu glauben und dabei nicht zu vergessen, das Leben so zu nehmen, wie es ist.

Ich danke Elisabeth Gander.

**Gander Elisabeth, Regierungsrätin:** Es ist schon so, ich habe gerne das letzte Wort.

Am 9. Juni 1995 nahm ich zum ersten Mal als Regierungsrätin an einer Kantonsratssitzung teil. Diese Kantonsratssitzung fand im gleichen Raum statt, und der Anlass war auch genau der gleiche wie heute, nämlich die Eröffnungssitzung des Amtsjahres mit der Wahl eines Engelbergers – respektive damals einer Engelbergerin – zum Präsidenten dieses Rats. Es ist also heute kein Zufall, und es ist fast so, als ob sich ein Kreis schliessen würde. Das ist nicht geplant. Man kann sagen, dass es ganz einfach ein schöner Zufall ist, wie so vieles im Leben. Wenn ich nun behaupten würde, ich hätte das so geplant, dann wäre das völlig falsch gewesen, denn dann hätte ich einplanen müssen, wann die SP-Fraktion das Präsidium dieses Rats übernehmen wird. Wie wir aber eingangs gehört haben, wäre das eine ziemlich hypothetische Angelegenheit, die langfristig nicht zu planen wäre. So nehme ich es als schönen, bedeutungsvollen Zufall, dass ich ausgerechnet da, im Benediktinerkloster, da wo ich zu Hause bin, nämlich in Engelberg, meinen letzten Arbeitstag und meine letzte Sitzung mit Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, erleben darf.

Wenn ich zurückschaue, dann gäbe es viel zu sagen. Das will ich nicht. Das mache ich dann irgendwann, wenn ich lange und gut verdaut habe. Ich denke aber nach wie vor, dass es politisch wichtig ist, seinen Rücktritt mit Bedacht zu wählen. Ich habe meinen Rücktritt sehr gut und sehr lange bedacht.

Drei Amtsperioden sind eine gute Zeit, und bekanntlich sollte man genau dann aussteigen, wenn einem die Arbeit noch Freude macht. Das war bei mir bis zum heutigen Tag der Fall. Also darf ich heute blumigen Abschiedsworten zuhören und mich daran freuen, auch wenn ich genau weiss, dass niemand so schlecht ist wie sein Ruf und gar niemand so gut ist wie sein

Nachruf. Ich verhehle nicht ein wenig skeptisch, dass mir die blumigen Worte während meiner Amtszeit hie und da auch ganz gut bekommen wären, und es eigentlich schade ist, dass sie erst oder vielleicht gerade wegen des Abschieds fast allen so leicht über die Lippen kommen.

Trotzdem: Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus. Ich bedanke mich für die vielen freundschaftlichen Zeichen der Wertschätzung, die ich von vielen von Ihnen erhalten habe. Ich bedanke mich ganz speziell bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung, mit denen ich jederzeit optimal zusammenarbeiten konnte. Ich denke da ganz speziell an die Hochwasserkatastrophe des letzten Sommers, die uns alle sehr zusammenschweisste und die mir persönlich einiges abverlangte. Ich bedanke mich bei meiner Ratskollegin – das ist sie heute noch – und bei meinen Regierungsratskollegen. Ich durfte in einem schönen, gutfunktionierenden kollegialen Gremium sehr gute Arbeit und sehr gut unterstützte Arbeit geniessen. Ich bedanke mich aber auch ganz besonders bei meiner Gemeinde Engelberg. Es ist schade, dass Frau Talamann nicht mehr anwesend ist. Ich werde es aber heute Abend sicher nochmals sagen. Ich bedanke mich beim Gemeinderat, insbesondere bei Frau Talamann Martha Bächler, die mir während der elfjährigen Regierungsratszeit immer hilfreich zur Seite stand. Ich glaube, ich bin die einzige Regierungsrätin, die während elf Jahren jede Weihnachten von Frau Talamann daheim besucht wurde und zusammen mit einer kleinen Weihnachtsüberraschung den ganz herzlichen Dank der ganzen Gemeinde und des Gemeinderats erhielt. Ich schätzte dies ausserordentlich und es tat mir sehr gut. Ich denke, das war überhaupt nicht selbstverständlich.

Ich wünsche dem Kanton Obwalden, seinen Gemeinden, allen Mitarbeitenden und Ihnen allen hier im Saal eine weiterhin erfolgreiche Zukunft. Ich kann Ihnen versichern, dass ich ab Mitte September ab und zu nicht nur beim Lernen von italienischen Wörtchen sehr gerne an meine Regierungsratszeit – und damit notabene auch an Sie, denn Sie sind ein Teil davon – zurückdenken werde. Eigentlich würde ich Ihnen jetzt gerne zurufen, wenn Sie Lust haben, dann "Arrivederci a Firenze".

### III. Verwaltungsgeschäfte

#### 32.06.06

#### **Bericht über den Stand der Planung und Massnahmen nach der Hochwasserkatastrophe 2005 sowie über die Schutzziele und**

#### **Massnahmen zur Hochwassersicherheit Sarneraatal.**

Bericht des Regierungsrats vom 30. Mai 2006.

#### *Eintretensberatung*

*Da der Kommissionspräsident Sigrist Albert nicht mehr im Rat anwesend ist, übernimmt Vogler Hansruedi die Aufgabe als Kommissionssprecher.*

**Vogler Hansruedi:** Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat einerseits über den Stand der Planung und Massnahmen nach der Hochwasserkatastrophe 2005, und andererseits über die Schutzziele und Massnahmenvarianten zur Hochwassersicherheit im Sarneraatal einen sehr umfassenden Bericht. Dieser Bericht, der übrigens – wie auch die geleistete Arbeit – von allen Kommissionsmitgliedern sehr positiv beurteilt wurde, ist dreiteilig aufgebaut.

Im ersten Teil wird der Stand der Umsetzung der Wiederherstellungsmassnahmen gemäss Kantonsratsbeschluss vom 27. Januar 2006 dargelegt. Die Wiederherstellung von forstlichen und landwirtschaftlichen Erschliessungsanlagen ist relativ weit fortgeschritten. Im forstlichen Bereich sind noch einige grössere Brocken wie die Fang- und Wandstrasse in Engelberg und der Hurdweg in Alpnach noch offen. Die Arbeiten in forstlichen und landwirtschaftlichen Rufenprojekten zur Sanierung der vorgesehenen Rufen sind unterschiedlich weit fortgeschritten. Bis in diesem Herbst wird jedoch wahrscheinlich der grösste Teil abgeschlossen sein. Die Räumung von Schwemmholz aus den Runsen wird bis in diesem Herbst ebenfalls zum grossen Teil abgeschlossen sein.

Die Aussage im Bericht, dass bei der Schutzwaldpflege im Bereich von Bacheinhängen sehr grosser Handlungsbedarf besteht, überrascht keineswegs. Bacheinhänge sind die für die Waldpflege meist unzugänglichsten Gebiete, da sie kaum erschlossen sind und der Helikoptereinsatz sehr teuer ist. Es ist daher nachvollziehbar, dass in der jüngeren Vergangenheit Bacheinhänge aus forstlicher Sicht eher stiefmütterlich behandelt wurden. Eine Überalterung bezüglich der Schutzfunktion ist an vielen Orten offensichtlich. Damit das Eintreten von Schwemmholz in Bäche, Gräben und Runsen minimiert werden kann, sind rigorose Massnahmen notwendig, denn nur ein vitaler und gepflegter Wald kann die geforderte Landstabilität garantieren.

Die wasserbaulichen Sofort- und Wiederherstellungsmassnahmen in Gerinne sind verschieden weit fortgeschritten. Es kann aber festgestellt werden, dass bis Ende dieses Jahres die dringendsten Massnahmen ausgeführt sind, immer mit der Hoffnung verbunden, dass der Sommer 2006 nicht allzu grosse Übererra-

schungen bringt.

Der zweite Teil des regierungsrätlichen Berichts beschreibt die Massnahmen, die künftig zur Verbesserung der Hochwassersicherheit beitragen sollen. Verschiedene Massnahmen sind bereits aufgegleist und warten auf die Ausführung. Die vergangenen Hochwasserereignisse zeigen weiteren Handlungsbedarf auf. Ein so genannter Masterplan „Schutz vor Naturgefahren Obwalden“ zeigt alle bereits bestehenden und die neuen Projekte mit Grobschätzung der Gesamtkosten auf. Ich persönlich finde diesen Masterplan, der sicherstellt, dass die Umsetzung der geplanten Massnahmen auch für den Finanzhaushalt des Kantons verträglich ist, ein sehr gutes Instrument, um mittel- und längerfristig überhaupt noch den Überblick behalten zu können.

Die Kommission folgte dem Antrag des Regierungsrats einstimmig und nahm vom Stand der Wiederherstellungsmassnahmen, von den geplanten Massnahmen zur Verbesserung der Hochwassersicherheit, dem Masterplan sowie von der Projektorganisation des Projekts zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal Kenntnis.

Im dritten Berichtteil, in dem es um die Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal im Besonderen geht, beantragt der Regierungsrat nicht nur „Kenntnisnahme“, sondern „zustimmende Kenntnisnahme“ des definierten Hochwasserschutzziels HQ<sub>100</sub>, von den drei im Detail zu verfolgenden Massnahmenvarianten zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal und vom geplanten weiteren Projekttablauf des Projekts zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal. Der feine Unterschied weist bereits darauf hin, dass es in diesem Fall nicht nur um eine Entgegennahme einer Information, sondern um die Bestätigung der eingeschlagenen Richtung geht. Üblicherweise werden Projekte, die durch den Kanton unterstützt werden und die Zustimmung des Kantonsrats brauchen, als Gesamtes dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt. In diesem Falle erachtet es der Regierungsrat aber als richtig und wichtig, dass der Kantonsrat bereits Zwischenschritte bestätigt, damit anschliessend – ohne grössere Überraschungen erwarten zu müssen – weiterprojektiert werden kann. Dieses Vorgehen trägt auch zu einer speditiven Arbeitsweise bei.

Ein wichtiger Zwischenschritt ist die Beantwortung der Frage, was passieren darf, also die Definition des Hochwasserschutzziels. Die Festlegung des Schutzziels ist das Ergebnis eines politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesses, in dem wirtschaftliche Überlegungen letztlich der massbestimmende Faktor sein wird. Es ist also nicht nur die Frage zu klären, was passieren darf, sondern auch die Frage, was wir uns leisten können und wollen, also die Frage

nach dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen. Bei all diesen Überlegungen darf man aber die lapidare Feststellung, dass auch mit dem grössten finanziellen Mitteleinsatz eine absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden kann, nicht vergessen.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden Vorgaben entwickelt, die vor allem von den Bundesstellen als Grundlage für die Ausrichtung von Beiträgen angewendet werden. Das Hochwasserschutzziel HQ<sub>100</sub> ist, wie das dem Bericht zu entnehmen ist, daher für den Hochwasserschutz eine mehr oder weniger feste Grösse und wurde in den vergangenen Jahren zum Beispiel beim Ausbau der Sachslerbäche angewendet. Weil das Schutzziel HQ<sub>100</sub> nicht das gesamte Risiko abdecken kann und will, sind Sonderrisiken wie zum Beispiel der Schutz von wichtigen Industrie- und Infrastrukturanlagen speziell zu behandeln und ins Hochwasserkonzept zu integrieren. Selbstverständlich ist es absolut legitim – und ich unterstütze das –, dass der Kantonsrat in dieser Phase Überlegungen anstellt und über das Hochwasserschutzziel diskutiert.

Baudirektor Matter Hans führte an der Kommissions-sitzung aus, dass dieser Entscheid epochale Auswirkungen haben wird und daher schon in einer frühen Projektierungsphase breit abgestützt werden soll. Dieser Aussage schliesse ich mich voll und ganz an.

Noch ein Wort zur eingereichten parlamentarischen Anmerkung. Meine ganz persönliche Meinung – es wurde in der Kommission nicht darüber diskutiert –: Wir müssen uns bewusst sein, was es zeitlich und finanziell bedeutet, neben dem vorgeschlagenen Hochwasserschutzziel, das auf HQ<sub>100</sub> basiert, weitere Jährlichkeiten in die Berechnung einzubeziehen. Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, müsste schliesslich jede Jährlichkeit in gleicher Tiefe bearbeitet werden, sonst sagt sie nichts aus. Zudem liegen die Jährlichkeiten von je 25 nach unten und oben in der Unschärfe der Diskussion über die Jährlichkeit. Aus meiner persönlichen Sicht bringt die zusätzliche Berechnung des HQ<sub>75</sub> und des HQ<sub>125</sub> kaum eine wesentliche Erkenntnis, wenn sie zur Berechnung an das Projektteam zurückgehen müssten, jedoch ein Zeitverlust, bis dann der Kantonsrat frühestens im September Stellung nehmen könnte. Diese drei Monate gingen beim jetzt schon ehrgeizigen Zeitplan verloren. Wir müssen uns wirklich überlegen, ob es uns das wirklich wert ist, wenn dann letztlich gleichwohl keine fundierten Aussagen vorliegen.

Es ist für die Kommission absolut nachvollziehbar, dass mit den vorgeschlagenen drei Massnahmenvarianten, die als vorläufige Bestvarianten aus zwanzig verschiedenen Ideen hervorgingen, weitergehend und vertieft projektiert werden soll. Nur so ist es überhaupt möglich, weitergehende Untersuchungen mit einem einigermaßen verhältnismässigen Aufwand voranzu-

bringen. Die Zeit scheint mir ein minimierender Faktor zu sein. Wobei ich aus meiner Sicht als Mitglied der Steuergruppe klar festhalten will, dass die mit der Planung Beauftragen alles unternehmen, das Projekt möglichst rasch zur Realisierung zu bringen. Die Zusammenhänge sind jedoch so komplex, dass eine fundierte Lösung – und wir wollen ja letztlich eine solche – einfach ihre Zeit braucht.

Die Kommission beantragt dem Kantonsrat – nach sehr guter Aufklärung an der Kommissionssitzung durch Fachleute und nach ausführlicher Diskussion – einstimmig, Punkt 5.1 Buchstabe a. bis c. zur Kenntnis zu nehmen und Punkt 5.2 Buchstabe d. bis f. zustimmend zu Kenntnis zu nehmen. Ich mache das auch im Namen der CSP-Fraktion.

**Spichtig Peter:** Ich möchte gleich einleitend festhalten, dass seitens der Fraktion der SP Zustimmung zum Bericht unbestritten ist. Ich möchte es gleichzeitig nicht unterlassen, den Verfassern des Berichts für die gute und fundierte Arbeit zu danken. Im Nachgang zum gravierenden Hochwasserereignis erarbeitete man rasch mögliche Varianten, welche die Hochwassersicherheit im Sarneraatal massiv verbessern sollten.

Die SP-Fraktion begrüsst dabei im Sinne einer gezielten und gesamtheitlichen Vorgehensweise, dass der Kanton die Federführung bei dieser äusserst anspruchsvollen Herausforderung hat. Der Zeitplan ist zweifelsohne ambitiös, aber als Richtschnur ein Muss, da die allgemeine Verunsicherung in der Bevölkerung gross ist und damit auch die Erwartungshaltung, dass jetzt bezüglich Hochwassermassnahmen etwas Effektives geht.

Die SP-Fraktion begrüsst die breite Abstützung in der Projektorganisation und den Einbezug der Betroffenen und den politischen Entscheidungsträgern. Allgemein werden diesbezüglich verschiedene positive Rückmeldungen wahrgenommen. Man spürt, dass es gut ankommt, dass ein breiter Einbezug gemacht wird.

Sicher darf die Frage gestellt werden, ob die personellen Ressourcen genügen, um einerseits dem sehr anspruchsvollen Zeitplan für die Umsetzung und Koordination der Planung nachkommen zu können und ob dann in der Folge nicht andere Departementsaufgaben darunter leiden könnten, da doch ein gerütteltes Mass an Arbeit auf alle zukommt.

Sepp Hess, Leiter der Abteilung Naturgefahren beim Departement Bau und Raumentwicklung machte mit seiner Anmerkung, eine absolute Sicherheit sei nicht bezahlbar und auch nicht machbar, die er einmal in der Neuen Obwaldner Zeitung machte, eine zutreffende Aussage. Gerade deswegen kommt ja nach unserer Ansicht der mittel- und langfristigen Prävention eine immer grösser werdende Bedeutung zu. Etwas provokativ gesagt sind Massnahmen im Bereich des Was-

serbaus der Hochwassersicherheit, auch wenn sie unbestritten notwendig sind, reine "Pflasterlimassnahmen", auch wenn gesagt werden muss, dass diese Pflaster gross werden, immer grösser und auch realisationsmässig entsprechend anspruchsvoll werden. Sie sind nur dann keine Pflasterlimassnahmen, wenn wir auch den komplexen Aspekten der Wald- und Forstwirtschaft, der Pflege der Landwirtschaft, dem Klimaschutz, der Raumplanung und der Förderung von alternativen und erneuerbaren Energieformen mehr Gewicht beimessen. Prävention ist in diesen Bereichen mittel- und auch langfristig erst recht bedeutend günstiger.

Die Fraktion der SP erachtet gerade aus diesem Grund die gemeinsame Motion aller Obwaldner Parteien zur Energiepolitik als ein hoffnungsvoller Ansatz und eine klare Willenskundgebung mit konkreten Massnahmen, den Energieverbrauch zu senken und die erneuerbaren Energien und somit die einheimischen Energieträger, die ja vorhanden sind, effektiv und nachhaltig zu fördern. Die SP-Fraktion erwartet mit Blick nach vorne auch, dass der Regierungsrat dem Willen aller Obwaldner Parteien mit einem wirksamen Konzept und Massnahmenplan Rechnung trägt. Wir werden gespannt sein auf die Vorschläge. Prävention bedeutet ja zugleich Innovation. Obwalden will ja in verschiedensten Bereichen innovativ sein. Wie wir wissen, gehört ja der Innovation die Zukunft.

Die Fraktion der SP nimmt dem Bericht mit Dank an die Verfasser zustimmend zur Kenntnis.

**Spichtig Beat:** „Der grosse politische und gesellschaftliche Druck fordert eine rasche Planung und Umsetzung entsprechender Massnahmen“, so der Wortlaut auf der ersten Seite des zur Diskussion gestellten Berichts. Dieser Satz ist keine Floskel, sondern eine ernst genommene und eine weiter ernst zu nehmende Realität.

Die Departementsleitung mit dem involvierten, motivierten Team von Fachpersonen hat seit dem Schreckensereignis hervorragende und fachlich beachtenswerte Arbeit geleistet.

Es gilt, vorweg den Dank an den Mitarbeiterstab, aber auch an alle unterstützenden, externen Fachpersonen auszusprechen.

Ausserordentliche Ereignisse bedürfen ausserordentlicher Massnahmen. Unter dieser Prämisse folgte der Kantonsrat am 22. September 2005 und am 27. Januar 2006 den Anträgen des Regierungsrats mit der Kenntnisnahme der Berichte und den entsprechenden Kreditzustimmungen.

Heute hat der Kantonsrat in derselben Thematik von einem weiteren Bericht mit verschiedenen Punkten Kenntnis, beziehungsweise zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Die Fraktion der FDP hat sich vertieft mit dem vorliegenden Bericht auseinander gesetzt und kommt zu folgendem Schluss:

1. Die Wiederherstellung von Erschliessungsanlagen, der Verbau von Rufen, die Räumung von Schwemmholz, die Sanierung des Felsrutsches Chohlrüti wie auch die wasserbaulichen Sofortmassnahmen wurden Dank der vorhandenen Fachkompetenz, einem fundierten Projektmanagement und der grossen Kooperationsbereitschaft innerhalb der Verwaltung wie auch seitens der Gemeinden und involvierten Institutionen mit grosser Motivation vorangetrieben. Viele der Schadenplätze konnten bereits wieder hergestellt werden. Der grösste Teil der Arbeiten wird bis Ende Jahr abgeschlossen und abgerechnet werden. Dass es unter den herrschenden schwierigen Verhältnissen im Einzelfall zu Verständnis- und Kommunikationsproblemen kommen konnte, darf die Würdigung der gesamten Leistungen und die erstaunlich präzise Kostenvorhersage nicht schmälern.

2. Zur Realisierung einer adäquaten Hochwassersicherheit besteht in den meisten Gemeinden mittel- und langfristig ein Handlungsbedarf, insbesondere für das untere Sarneraatal. Die Zusammenfassung der laufenden und zukünftigen Projekte im Masterplan „Schutz vor Naturgefahren OW“ als strategisches Planungsinstrument widerspiegelt auf eindruckliche Art und Weise den Umfang der Projekte mit der terminlichen Priorisierung und dem jährlich, wie in der Gesamtheit geschätzten, finanziellen Belastung von zirka 254 Millionen Franken.

Die Fraktion der FDP ist über die kommenden hohen, mutmasslich zunehmenden Belastungen des Staatshaushalts unter dem Zeichen des NFA ab dem Jahr 2008 besorgt. Um unseren noch jungen, gesunden Staatshaushalt nicht zu gefährden, gilt es, die anstehenden Projekte im Kanton bezüglich der Höhe des Schutzziels, dem fachlich vertretbaren, effizienten Mitteleinsatz und bezüglich der Priorität sorgfältig und laufend zu prüfen.

Mit Genugtuung nehmen wir von den konsequenten Verhandlungsbemühungen seitens des Regierungsrats – wie des Departements in Bundesbern – für eine unserem Kanton und unseren Verhältnissen angepasste, tragbare Finanzierung Kenntnis.

3. Die Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal muss als Jahrhundertprojekt mit grösster Komplexität im Spannungsfeld zwischen der Sicherung und der Förderung der Standortattraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort einerseits, und andererseits unter Beachtung von Machbarem, von Finanzierbarem und von sinnvollem Umgang mit den Naturgewalten insgesamt, also von Kosten/Nutzen betrachtet werden. Dass Projekte mit dieser Tragweite eine fachlich wie politisch breit abgestützte Projektorganisation brau-

chen, ist aus der Sicht der FDP-Fraktion unbestritten.

Das Studium der interessanten Ausführungen über die hydrologischen Erkenntnisse und das Risiko-Management zeigen deutlich auf, dass der menschliche Einfluss begrenzt ist und technische wie wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind.

Die Fraktion der FDP kann den Ausführungen und den heutigen Ergebnissen im Bezug der Schutzzieldefinition auf Grund der vorliegenden fachlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Überlegungen von HQ<sub>100</sub> als Diskussionsgrundlage folgen. Die auf Grund von fachlichen Kriterien für die weitere vertiefte Bearbeitung im Bereich Ökonomie, Ökologie, Sicherheit, Grundwasser, Nebenwirkungen und Investitionsvolumen vorgeschlagenen Hochwasserschutzkonzepte zur Erhöhung des Abflussvolumens aus dem Sarnersee bedürfen zum heutigen Zeitpunkt auf Grund der vorliegenden Unterlagen meines Erachtens noch keiner politischen Beurteilung.

Der weitere, von der Zeitachse her betrachtet durchaus ehrgeizige Terminplan manifestiert einerseits den Willen des Regierungsrats und des Departements, die für unser Tal als notwendig erkannten Hochwasserschutzmassnahmen voranzutreiben, und andererseits auch den Einbezug der politischen Gremien und der Öffentlichkeit.

Zusammenfassend kommt die Fraktion der FDP zu folgendem Schluss und Antrag:

1. Von den aufgeführten Punkten unter 5.1 Buchstaben a., b. und c. ist Kenntnis zu nehmen.

2. Von den unter 5.2 aufgeführten Punkten mit den Buchstaben d., e. und f. ist zustimmend Kenntnis zu nehmen unter Einbezug der aufgelegten parlamentarischen Anmerkung.

Die parlamentarische Anmerkung, die Ihnen vorliegt, hat zum Ziel, dass wir im Rahmen der Diskussion, die im November oder Dezember vorgesehen ist, über Hochwasserschutzziele im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Varianten reden können. Wir meinen, dass die Festlegung der Hochwasserschutzziele erst im Zusammenhang mit dem Variantenentscheid erfolgen kann.

Mit der Zustimmung zur parlamentarischen Anmerkung ermöglichen Sie:

– Dass der Variantenentscheid zum Hochwasserschutzprojekt als Jahrhundertprojekt trotz grösster Priorität auf Grund einer soliden, breiten Entscheidungsgrundlage gefällt werden kann. Da möchte ich beifügen: Wenn ich von einem epochalen Entscheid als Jahrhundertprojekt rede, was sind dann allenfalls drei Monate Verzug, welche sich durch die zusätzliche Abklärung ergeben? Ein Verzug, der durch die Fachleute nicht bestätigt wird, denn nach meinen Gesprächen ist es nämlich durchaus möglich, bei gleicher Zeitachse die entsprechenden

Daten auszuarbeiten.

- Dass der Kantonsrat die Entscheidungsfindung in Kenntnis der sachlichen Konsequenzen bei den einzelnen Massnahmenvarianten und in Abhängigkeit des Hochwasserschutzziels vornehmen kann. Es gibt da Zusammenhänge, die ich versucht habe, Ihnen aufzuzeigen. Ich komme nachher noch auf das blaue Blatt zurück.
- Dass die Festlegung des Hochwasserschutzziels HQ auch in Kenntnisnahme der finanziellen Konsequenzen erfolgen kann.
- Dass gleichzeitig betreffend dem Bundesbeitrag weite Verhandlungen auf Grund präziserer Grundlagen vorgenommen werden können.
- Dass wir als Parlament des Kantons Obwalden die Verantwortung in der Festlegung des Hochwasserschutzziels mittragen und mitübernehmen.

Ich möchte noch einmal zum blauen Blatt kommen und dabei erläutern, was ich mit der Grafik darstellen will. Ich denke, unser Interesse müsste es sein, umfassende Entscheidungsgrundlagen zu haben, um den ganz wichtigen Entscheid fällen zu können. Im mittleren Feld sehen Sie den Vorschlag des Regierungsrats HQ<sub>100</sub> als Ausgangslage, den wir auf Antrag des Regierungsrats zustimmend zu Kenntnis nehmen sollten. Persönlich bin ich der Meinung, dass wir das im Herbst oder vor Weihnachten genau so gut könnten, dazu noch mit dem Vorteil, dass wir bis dann sehen könnten, welches die finanziellen und weiteren Auswirkungen bezüglich des Hochwasserschutzziels HQ<sub>125</sub> oder HQ<sub>50</sub> sind. Es könnte durchaus möglich sein, mit dem gleichen Geld zum Beispiel mit der Variante C ein HQ<sub>125</sub> zu erreichen wie mit der Variante B mit einem HQ<sub>100</sub>. Diese Übersicht können wir nur gewinnen, wenn wir jetzt die entsprechenden richtigen und breiten Entscheidungsgrundlagen festlegen. Ich möchte nicht, dass wir heute einen HQ festlegen, ohne die Konsequenzen sehen zu können. Lassen wir doch den Entscheid offen. Es gibt keine Verzögerung in diesem Projektverlauf und ich meine, dass es sich lohnte und wert ist, wenn wir uns angesichts des grossen Projekts die richtigen Diskussionsgrundlagen ausarbeiten lassen.

**Hurschler Paul:** Beim Studium dieses Berichts wird einem klar, welche gewaltige Schäden die Hochwasserkatastrophe letzten Sommer in Obwalden hinterlassen hat. Die Natur zeigte uns Menschen einmal mehr, wer wirklich Chef in Obwalden ist. Wir wurden über Nacht brutal an begangene Fehler der Vergangenheit erinnert. Falsche Überbauungen, Zonen, die schon seit Jahrtausenden von Naturgewalten – sprich Wasser, Bäche etc. – belastet wurden, standen metertief im Wasser. Im Nachhinein müssen wir froh und dankbar sein, dass in Obwalden nur materielle Schäden und keine Menschenleben zu beklagen sind. Eines aber

sollte uns diese Katastrophe lehren: Zukünftig wieder besser auf unsere Naturgewalten Rücksicht zu nehmen. Nur so gesehen kann das ganze Desaster vielleicht einen Sinn für die Zukunft ergeben.

Zum Bericht möchte ich konkret folgende Aussagen machen: Bis auf wenige Ausnahmen nehmen wir befriedigt zu Kenntnis, dass die Wiederherstellungsmassnahmen planmässig voran kommen. Aus persönlicher Erfahrung weiss ich auch, dass auf allen Stufen von allen Beteiligten gute Arbeit geleistet wurde und dass die meisten geschädigten Personen zufrieden sind.

Der Masterplan des Regierungsrats gibt uns ansatzweise einen Einblick, was alles Obwalden gegen solche Unwetter zu unternehmen gedenkt und welche Sicherheitsmassnahmen getroffen werden. Hier den richtigen Mittelweg zwischen dem Wünschbaren und Möglichen bezüglich des Kostenaufwands zu finden, wird sehr schwierig sein und wird unsere Obwaldner Politik noch lange fordern.

Zu den Kosten: Bis jetzt hat der Kantonsrat 3,9 Millionen Franken Nachtragskredit plus 4 Millionen Investitionen im September 2005 und 32,3 Millionen Wiederherstellungskosten am 26. Januar 2006, also total schon 40 Millionen Franken, an zwei Sitzungen beschlossen. Zukünftig kostet uns gemäss Masterplan die ganze Sache nochmals zirka 254 Millionen Franken. Das heisst, wir reden hier von gegen 300 Millionen Franken Gesamtkosten und das in den nächsten Jahren. Wir müssen auch zu Kenntnis nehmen, dass der Bund spätestens ab 2008 mit der Neuregelung der NFA nicht mehr an der bisherigen finanziellen Praxis von 65 Prozent Schadenanteil partizipiert. Mit 45 Prozent – oder eventuell noch weniger – Bundesanteil ab 2008 wird Obwalden, das heisst der Kanton und die Gemeinden, vor grosse finanzielle Probleme gestellt. Hier sind der Regierungsrat und unsere beiden Ständesvertreter in Bern stark gefordert. Nur eine taktisch kluge Vorgehensweise und die Zusammenarbeit sämtlicher politischer Verantwortlicher auf Stufe Regierungsrat und der eidgenössischen Vertreter können uns vor einem finanziellen Abenteuer bewahren.

Als positiver Aspekt kann man feststellen, dass ein grosser Teil der bereits verbauten und geplanten Millionen unserem lokalen Gewerbe zu Gute kommen. Bei aller Tragik ist das Unwetter über Jahre hinaus für unser Gewerbe von Obwalden ein kleines, sicheres Impulsprogramm.

Gespannt darf man auch sein, welche Variante – Gerinneaufweitung und Sohlenabtiefung Sarneraa, Entlastungsleitung und Landenbergstollen oder Entlastungstollen durch Bergflanke Ost oder eventuell noch eine andere Variante – sich schlussendlich politisch beim Volk und bei den Behörden durchgesetzt. An dieser Stelle möchte ich noch bemerken, dass in der

Kommission noch die Variante Staubecken kleine und grosse Melchaa zur Diskussion stand. Gemäss Hess Sepp, Abteilungsleiter Naturgefahren, schied das Departement diese Variante bereits im Vorfeld aus, da sie aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar ist. Eigentlich schade, hätte man doch mit diesem Vorschlag die Stromproduktion in Obwalden steigern und so eine willkommene Einnahmequelle erschliessen können.

Abschliessend stellt uns der Regierungsrat und das Departement einen sehr ehrgeizigen Zeitplan mit verschiedenen Projektetappen vor. Mit dem Masterplan müssen die politischen Entscheidungsträger alles unternehmen, die gut beschriebenen Ziele umzusetzen. Es wäre in mehrfacher Hinsicht fatal, wenn wir uns grössere Zeitverluste leisten würden, denn niemand kann heute voraussagen, wann das nächste grosse Unwetter über uns hereinbricht. So gilt es, die Zeit möglichst gut zu nutzen.

Die SVP-Fraktion nimmt befriedigend Kenntnis vom Bericht und ist für Eintreten auf den Antrag 5.1 und 5.2.

**Windlin Silvia:** Die Natur kennt keine Katastrophen, nur der Mensch kennt sie. Mit der Planung und den Massnahmen nach dem Hochwasser 2005 und den Schutzziele sowie Massnahmevarianten zur Hochwassersicherheit hat der Kantonsrat heute ein relevantes Geschäft zu behandeln. So wie wir es heute bestimmen, wird das Departement den weitreichenden Auftrag entgegennehmen und auch ausführen. Beim Stand der Sofortmassnahmen nach dem Hochwasser sehen wir, dass die Wiederherstellungsarbeiten weit fortgeschritten sind und zum Teil grösstenteils fertiggestellt. Der effiziente Grosseinsatz verleiht den Betroffenen wieder Zuversicht und Hoffnung. Ich möchte an dieser Stelle dem Departementsvorsteher – wir haben, wie wir das heute bereits hörten, in ihm eine starke Führungskraft – sowie dem Departement für die grosse Leistung den geschätzten Dank aussprechen.

Den Instandstellungen folgen nun mittel- und langfristige Aufgaben. Dazu wurde das strategische Instrument, der Masterplan, zur Planung und Führung erstellt. Es ist ein wichtiges Instrument und stellt ein Programm und eine Priorisierung dar, in dem die Zweckbindung der neuen Projekte sowie der laufenden Projekte und die Priorisierung zur Abwehr von Naturgefahren in Obwalden enthalten sind. Diese Orientierungen sind sehr wichtig. Wir müssen sie beachten, denn wir müssen mit den finanziellen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, die gesprochen werden oder gesprochen werden müssen, unbedingt das Gesetz des abnehmenden Nutzens beachten. Das heisst, wir müssen das Geld in ein Projekt mit hoher Effizienz investieren. Es sind also schwierige und weitreichende Entscheide zu treffen, die auch nach einem aussergewöhnlichen Vorgehen

rufen und breit abgestützt werden müssen. Betrachtungen über Kosten/Nutzen müssen von Beginn an jederzeit ausgewiesen werden können, auch wenn das zur Zeit nur rudimentär möglich ist. Nur so können wir unwirtschaftliche, das heisst Projekte mit niedriger Effizienz frühzeitig erkennen und ausscheiden. Die Sicherheit ist der Wille des Volks und diesen Willen müssen wir respektieren und ernst nehmen. Obwohl uns die Finanzen und damit die Mittelbeschaffung sehr beschäftigen, dürfen wir nicht nur die Finanzen im Vordergrund sehen und in den Vordergrund ziehen. Wir müssen vielmehr die fachlich richtige Lösung bringen. Dann erreichen wir auch einen Kostennutzen, der im Verhältnis steht. Bedenken wir, für alles, was wir finanziell ausgeben, erhalten wir einen Gegenwert.

Zu den Anforderungen an den Bund: Es muss das Ziel sein, beim Bund einen guten Beitrag für Obwalden aushandeln zu können. Das Departement nahm bezüglich grosszügiger Bundesleistungen an die hohen Kosten, die in unserem Kanton demnächst anfallen, bereits mit dem Bund Kontakt auf. Wenn wir heute dem Antrag des Regierungsrats zustimmen, wird das Gesuch um eine tragbare Bundeshilfe zur Umsetzung des Masterplans eingereicht. Ziel muss es sein, dass das Gesuch auch nach der Einführung des Neuen Finanzausgleichs 2008 aufrecht erhalten werden kann und zwar auf einer Höhe, wie wir das für das Unwetter in Sachseln hatten. Dann dürfen wir die anfallenden Ausgaben nicht vergessen, die im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan enthalten sind, die wir zu lösen haben. Verbesserungen der Abflusskapazität aus dem Sarnersee müssen vorgenommen werden. Das Parlament muss noch dieses Jahr dem Planungskredit zustimmen können. Wir werden uns für eine der drei Varianten entscheiden. Es ist ein knapp bemessener Zeitplan. Ein ehrgeiziger Fahrplan muss auf Ökonomie, Ökologie, Grundwasser und Sicherheit überprüft werden. Die Schutzziele müssen erreicht werden. Wir müssen in den technischen wie auch in den finanziellen Möglichkeiten und Machbarkeiten bleiben. Umwelteinwirkungen müssen streng verfolgt werden und Projektrisiken sind abzuschätzen und auch zu kalkulieren. Zum HQ<sub>100</sub>: Darüber wurde in unserer Partei ebenfalls diskutiert. Es ist klar, wir möchten so fahren, wie es der Regierungsrat vorgibt. Es ist ein knapp bemessener und ambitionierter Zeitplan. Wie man sieht, liegt ja zwischen HQ<sub>75</sub> und HQ<sub>125</sub> HQ<sub>100</sub> als Durchschnitt. Mit den ausgedehnten Abklärungen entstehen nur Mehrkosten. Es gibt keine gravierenden, relevanten und neuen Erkenntnisse, die für die Fortsetzung wichtig wären, ausser den zusätzlichen Kosten und einer Verzögerung, die wir ganz klar nicht wollen. Wir denken, dass man mit dem Baubeginn 2007 starten kann. Es gibt ein Bauprojekt, das ganz bestimmt über zehn Jahre dauern wird. Ich denke, die Natur wird uns in

dieser Zeit weiterfordern.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für HQ<sub>100</sub> und Fortsetzung und dazu wünsche ich den Beteiligten – vorab dem Regierungsrat und dem Departement – bei der weiteren Arbeit Weitblick und viel Glück. Die Fraktion der CVP und auch ich sind für Eintreten auf die Vorlage und für Zustimmung zu den Anträgen.

**Zumstein Josef:** Trotz der Kleinheit unseres Kantons Obwalden hat das Parlament wichtige, sehr wichtige, ja epochale Entscheide zu fällen. So haben wir es heute Morgen in der Predigt gehört.

Der regierungsrätliche Bericht mit seinen daraus resultierenden Folgen stellt einen solch epochalen Entschcheid dar. Unter einem enormen Druck hat der Regierungsrat im Allgemeinen und das Departement Bau und Raumentwicklung im Speziellen schlichtweg Grosse geleistet. Gerne spreche ich dafür ein Dankeswort aus.

Dass man mit den Instandstellungsarbeiten auf Kurs ist, nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis.

Zu den geplanten Hochwasserschutzmassnahmen: Wir befinden uns in der Phase der Grobplanung. Wir sollten uns momentan also nicht in Details verstricken und das, ohne dass wir unsere sehr grosse Verantwortung vernachlässigen. Die hohen Kosten für die geplanten Hochwasserschutzmassnahmen zur Erfüllung eines Ziels von HQ<sub>100</sub> beeindruckt uns alle, auch mich. Ich stelle sie aber in ein Verhältnis zum Nutzen. Bei dieser Betrachtung stelle ich fest, dass mit zwar sehr hohen Kosten doch noch viel höhere Schäden verhindert respektive vermindert werden können.

Neben diesen rationalen Überlegungen noch etwas Emotionales: Die unter anderem mit der Revision des Steuergesetzes eingeleitete Entwicklung unseres Kantons soll konsequent weitergeführt werden. Dazu gehört auch ein wirkungsvoller Hochwasserschutz. Nur so können Neuzuzüger gewonnen werden und der Wegzug von ansässigen Personen – natürliche und juristische – kann verhindert werden. Nach der Darlegung der rationalen und emotionalen Überlegungen bin ich für eine Weiterführung des sehr ehrgeizigen Fahrplans.

Ich bin für Eintreten und Kenntnisnahme, respektive zustimmende Kenntnisnahme der Anträge und äussere noch einen Wunsch. Egal, welches Projekt zur Hochwassersicherheit realisiert wird – Solidarität ist gefragt. Nur mit der Bereitschaft aller ist ein Gelingen möglich. Die Sicherheit gegenüber elementaren Gefahren soll uns die Bereitschaft Solidarität für den Kanton Obwalden wert sein.

**Hug Walter:** Ich denke, wir müssen uns schon fragen, was passieren darf und wie viel es kosten darf. Der Entschcheid, den wir heute fällen, ist zukunftsweisend.

Wir nehmen nämlich “zustimmend Kenntnis” und zwar auch davon, welchen Schutz wir wollen, sei es ein 100-jährliches Ereignis oder mehr oder weniger.

Ich möchte Sie bitten, die parlamentarische Anmerkung zu unterstützen. Die Begründung ist: Wir gleisen den Weg, den wir beschreiten wollen, auf, und da denke ich, ist es dringend notwendig, dass wir sauber abklären, damit wir das beste Kosten/Nutzen-Verhältnis erhalten. Dazu muss man ein wenig ins Detail gehen.

Ich denke, beim Variantenentscheid ist mit grösster Wahrscheinlichkeit ein Stollen auch ein Thema. Für Abklärungen, ob dann der Stollen grösser oder kleiner gemacht werden soll, muss ein wenig Zeit investiert werden, um feststellen zu können, welches das beste Kosten/Nutzen-Verhältnis ist. Das ist die Begründung dafür, dass man die parlamentarische Anmerkung mit bestem Gewissen unterstützen darf.

Ich habe noch zwei weitere Anliegen, die ich deponieren möchte. Wie sie vielleicht in der Botschaft gesehen haben, erhält das Kulturland wenig Schutz. Kulturland ist Überflutungsgebiet. Dafür hat jeder Verständnis, denn dort entstehen am wenigsten Schäden. Ich denke, es ist wesentlich und wichtig, dass man bei einem allfälligen Hochwasser die Betroffenen bei der Räumung unterstützt und entschädigt. Es ist auch in der Information wichtig, dass das Thema deponiert ist, damit die Betroffenen wissen, dass sie nicht im Stich gelassen werden.

Ein Anliegen ist mir auch noch das Problem des Hochwasserschutzes im unteren Sarneraatal. Ich denke, es ist wichtig, dass die Tieferlegung der Sarneraa vorangetrieben wird. Es ist auch logisch, dass die Alpnacher den Sarnern das Wasser abnehmen. Das ist selbstverständlich. Es ist aber dringend notwendig, dass die Verbauungen am Wichelsee und an der Sarneraa auf dem Gebiet von Alpnach koordiniert werden, das heisst, dass man nicht oben einfach das Wasser ablässt und denkt, dass es die unteren schon annehmen, wenn das Wasser durchfließt.

**Halter-Furrer Paula:** Ich habe vorhin, als mein Fraktionskollege Zumstein Josef sprach, gedacht, ich könnte gleich an zwei Stichworte anknüpfen. Wir sangen in der Kirche “die Wasser fluten” und er sprach von emotionalen Voten, die er auch noch mitgeben wollte. Mir geht es gleich.

Die Hochwasserkatastrophe – hohe Wassermengen bewegen viel: den Boden, grosse bis riesige Steinbrocken, Bäume, sogar unsere Einstellungen, unsere Meinungen und manchmal auch unsere Grundsätze.

Das Wasser vom letzten August und alle, ich würde sagen unnatürlichen – aber da liege ich, glaube ich wirklich falsch – Wassermengen der Vorjahre zeigen uns immer wieder, wie wir der Natur bis zu einem ge-

wissen Grad ausgeliefert sind. So ist es mit diesem Projekt. Wir werden das Projekt begleiten, nicht es uns. Es wird uns überdauern und es werden sicher frische folgen. Bei der Hochwasserkatastrophe sehen wir, dass die Solidarität, die einsetzt, immer wieder zeigt, dass wir zusammengehören. Für mich hat das letzte Jahr auch die Einmischung des Kantons in die aktuelle Wassersituation gezeigt. Noch vor wenigen Jahren waren wir der Meinung, die Wuhrgenossenschaften – damals gab es noch 18 Wuhrgenossenschaften – seien allein für die Wildwasserverbauung und für die Bäche verantwortlich. Wenn ich dann das Wort von Spichtig Beat aufgreife, dass im unteren Sarneraatal Aufgaben zu erfüllen sind – das hat auch Hug Walter gesagt –, dann müsste ich sagen, dass offenbar die oberen Gemeinden im Sarneraatal ihre Aufgaben immer wieder erfüllen. In der Zwischenzeit haben wir erlebt, dass mit einem Schlag eine Engelbergerstrasse, eine Melchtalerstrasse, eine Strasse zu einem gewöhnlichen Heimet oder sogar alles zusammen ins Tobel den Hang hinunterfahren kann. Spätestens dann haben wir alle gesehen, dass der Hochwasserschutz nicht nur denjenigen hilft, die an einem Bach wohnen. Hochwasserschutz brauchen wir alle, die in einem Kanton wie Obwalden wohnen.

Ich bin gerade ein wenig stolz, dass die Bewohner und Bewohnerinnen von Giswil das Bewusstsein schon umgesetzt haben und bei uns die wichtigen Aufgaben der damaligen Wuhrgenossenschaften jetzt mit einer grossartig funktionierenden Wasserbaukommission einheitlich, praktisch und zusammenhängend ausführen. In diesem Zusammenhang wünsche ich allen Perimeterpflichtigen in den sechs anderen Gemeinden, dass die bisherigen Unwetter weiter bewegen und in Zukunft nicht mehr vor allem sie grosse Beiträge in den Hochwasserschutz investieren müssen, sondern dass alle erkennen, dass das eine Gemeinschaftsaufgabe ist.

**Matter Hans, Regierungsrat:** Zu allererst danke ich für Ihre Voten, aus denen ich zur Kenntnis nehme, dass Sie zustimmend Kenntnis nehmen von unseren Anträgen in unserem Bericht. Als zweites danke ich Ihnen bestens für die anerkennenden Worte für die geleisteten Arbeiten. Ich werde das an die entsprechenden Leute weiterleiten.

Zu einzelnen Voten möchte ich doch noch ein paar Aussagen machen. Es hat mich speziell gefreut, dass Spichtig Beat von der FDP-Fraktion die hervorragende, fachlich ausgezeichnete Arbeit rühmte. Als ich die parlamentarische Anmerkung las, vermutete ich unter Punkt 1 etwas anderes. Scheinbar ist es aber nicht so gemeint, wie es da formuliert ist. Ich nehme das ebenfalls dankend zur Kenntnis. Wenn ich schon bei Spichtig Beat bin, müsste ich eine Korrektur anbringen. Das

Gespräch mit Fachleuten, das gezeigt hat, dass keine oder nur eine kleine Verzögerung stattfinden könnte, wenn man das Projekt ausweiten würde, muss insofern relativiert werden, als dass wir beim Gespräch nicht vom blauen Blatt ausgingen. Man diskutierte dort lediglich über die Dimensionierung der Abflussmenge. Darauf komme ich aber nachher bei der Beurteilung der parlamentarischen Anmerkung nochmals zurück. Wenn Spichtig Beat sagt – und das ist richtig –: “Wir sind auf dem Weg zu einer epochalen Entscheidung und es ist wichtig, dass man diesen breit abgestützt untersucht und abklärt”, und ich das blaue Blatt ansehe, dann handelt es sich nicht um drei Projekte, die gleich weit getrieben werden müssen, sondern um neun Projekte. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Wenn Hurschler Paul sagt, wir hätten die Energiegewinnung im Departement ausgeschieden, ist es richtig, dass die Energiegewinnung neben zwanzig anderen Varianten ein Thema war. Ausgeschieden wurde jedoch nicht im Departement, sondern es geschah auf dem Weg mit der Projektsteuerung. Die Entscheidungen waren sehr breit abgestützt und keinesfalls nur departemental. Wir diskutierten die verschiedenen Varianten auch recht breit im Regierungsrat.

Zu Hug Walter: Die Feststellung bezüglich des Kulturlands ist absolut berechtigt. Ich denke, dass es auch die Vergangenheit gezeigt hat, dass man selbstverständlich betroffene Landwirte nicht allein lässt, sondern dass sie sich darauf verlassen können, dass entsprechend geholfen wird, insbesondere auch dann, wenn man bewusst einen Überlastfall ins Kulturland hinausleitet. Da wird man entsprechende Hilfeleistungen anbieten müssen. Dort wird es auch eine Aufgabe sein, zu schauen, ob es nicht noch andere Kostenträger gibt, wie zum Beispiel Versicherungen, denen man das Schadenpotenzial ganz erheblich mindert. Zum Hochwasserschutz im unteren Sarneraatal: Es ist selbstverständlich, dass dieser koordiniert wird mit dem Integralprojekt und Unterlauf Grosse Schliere und Sarneraatal, wo man die Dimensionierung entsprechend ausweiten wird.

Wenn ich mich nun noch zur parlamentarischen Anmerkung äussern darf, dann vielleicht eine Vorbemerkung. Wie wir auch in einzelnen Voten hörten, hatten wir eine aussergewöhnliche Situation, die nach aussergewöhnlichen Massnahmen, aber auch einem aussergewöhnlichen Vorgehen ruft. Wir mussten noch nie ein Projekt in diesem Projektstand, in dem wir jetzt sind, in dieser Breite und Tiefe vorantreiben. Das zeigt auch der zeitliche Ablauf, der dahinter ist. Wir müssen mit Unterlagen kommen, mit denen wir üblicherweise erst nach einem Vorprojekt bei den entscheidenden Gremien entsprechende Kredite und Zustimmung abholen. Wir müssen das bereits machen, bevor wir ins Vorprojekt hineingehen, und zwar ist das ganz

einfach wegen der Grösse des Projekts, das eine enorme Bedeutung hat.

Wenn ich die parlamentarische Anmerkung nach dem neuen Kantonsratsgesetz richtig interpretiere, müssten wir im nächsten Geschäftsbericht Bericht erstatten. Das funktioniert ja sowieso nicht. Die nächste Kantonsratssitzung ist erst im September, also drei Monate später. In der Zwischenzeit wüssten wir nicht, wie es vorwärts gehen soll. Daher erlaube ich mir, heute ein paar Antworten zu geben. Wir trieben das Projekt intern und extern mit Spezialisten voran. Die Projektsteuerungsgruppe wurde bewusst ausserordentlich breit abgestützt. Wir bildeten Arbeitsgruppen aus den Betroffenen. All die Ergebnisse aus den Beratungen flossen in die Vorlage. Die Anmerkung verlangt nun, dass noch drei, beziehungsweise zwei zusätzliche Schutzziele – HQ<sub>125</sub> und HQ<sub>75</sub> – aufzunehmen sind, was dann im Endeffekt die neun Varianten ergibt. Diese müssten, um vergleichbar zu sein, in der gleichen Tiefe vorangetrieben werden. Das ist grundsätzlich absolut möglich, ohne grosse zeitliche Verzögerung, wenn man die Schutzziele allein auf die Abflussmenge beziehungsweise auf die Abflussvermögen reduziert. Wir trafen Abklärungen, was das bezüglich Kosten bedeuten würde. Es dürften dadurch extern – ohne interner Aufwand – etwa Kosten von rund 10'000 Franken entstehen. Wenn man das in Vergleich zum Gesamtprojekt stellt, dann ist das ein Klecks, wenn man das etwas überspitzt formulieren will. Vom Bund haben wir bis dato keine Antwort erhalten. Ich denke aber, das ist nicht einmal das Entscheidende. Entscheidend ist doch, ob wir die Antworten erhalten, welche der Antrag der FDP-Fraktion verlangt, nämlich vergleichbare Projekte, die uns den Kosten/Nutzen in jeder Tiefe zeigen und vergleichbar sind und zwar mit allen finanziellen Konsequenzen. Da muss ich klar sagen, dass das nicht möglich ist, weil die Schutzziele sich nicht nur auf die Abflussmenge reduzieren, denn es gibt da ganz komplexe Zusammenhänge. Ich erwähne da zum Beispiel den Seestand, das Grundwasser, Ausbaumassnahmen, die es braucht, und die Umwelt. Wir könnten da eine ganze Kette aufzählen. Ich denke, Sie können es sich selber vorstellen, dass das nicht so einfach ist. Natürlich kann ich die Stollenausbrüche im Querschnitt von vier oder fünf Metern ansetzen, und die Kosten werden wahrscheinlich letztlich nicht so sehr auseinandergehen. Aber das ist die eine Massnahme. Die anderen sind nur technische Massnahmen und alles andere ist nicht berücksichtigt. Mit dem Projekt, das wir nun machen, erhalten wir keine Antworten. Diese erhalten wir ganz einfach nicht. Sie werden nicht vergleichbar sein.

Nun noch zur Vorstellung von HQ<sub>75</sub> oder HQ<sub>125</sub>. Ich habe bereits gesagt, dass vom Bund noch keine Antwort vorliegt. Die Bundesvorgabe für Beiträge liegt klar

bei HQ<sub>100</sub>. Ich kann mir vorstellen, dass wir problemlos auf HQ<sub>125</sub> kommen. Dann sagt jedoch der Bund, dass wir die Differenz selber bezahlen müssen. Wenn wir auf HQ<sub>75</sub> hinuntergehen, wird der Bund das akzeptieren. Wenn aber dann Schäden kommen, dann sind nicht einmal mehr die Wohnsiedlungen oder die Industrie in Sarnen zum Beispiel geschützt, und dann können wir keine zusätzlichen Beiträge erwarten, wenn wir heute diesbezüglich schon Probleme haben. Da mache ich mir nicht grosse Hoffnungen, dass der Bund gross von HQ<sub>100</sub> abweichen wird. Neben den finanziellen Aspekten bei HQ<sub>75</sub>, HQ<sub>100</sub> und HQ<sub>125</sub> gibt es auch noch einen politischen Aspekt. Ich möchte die Diskussion hören, wenn zum Beispiel in Sarnen den HQ<sub>125</sub> zur Hochwassersicherheit annehmen würde. Dann würden sich wahrscheinlich alle anderen Betroffenen aus den Gebieten, in denen man die laufenden Massnahmen und geplanten Massnahmen immer über HQ<sub>100</sub> abgewickelt hat, fragen, ob sie weniger wert sind als die Betroffenen in Sarnen, dass wir eine tiefere HQ-Einteilung erhalten. Aber natürlich auch umgekehrt: Wenn wir in Sarnen sagen, wir haben nicht so viel Geld und machen ein HQ<sub>75</sub>, dann wäre wahrscheinlich Sarnen nicht zufrieden, wenn in Giswil gleichzeitig mit HQ<sub>100</sub> gefahren würde. Die politische Dimension, denke ich, muss man in die Überlegungen einbeziehen. Kurz zusammengefasst: Ich bitte Sie, der Parlamentarischen Anmerkung keine Unterstützung zu geben, damit wir heute – beziehungsweise am nächsten Montag – wissen, wie wir das Projekt weitertreiben können.

*Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.*

#### *Detailberatung*

#### *5. Anträge*

**von Wyl Beat:** Ich möchte das Stichwort HQ<sub>100</sub> auch im Zusammenhang mit dem Antrag der FDP-Fraktion aufnehmen. Ich denke, es ist aus politischer Sicht der Kernpunkt der Diskussion, welches politische Signal bezüglich dem Mass der Schutzstellung aus dem Parlament kommt. Formuliert ist das im relativ unscheinbaren Satz auf Seite 12: "Daraus ergaben sich folgende Unterziele: Geschlossene Siedlungen sind bis HQ<sub>100</sub> vollständig zu schützen." Bei einem grösseren Hochwasser soll immerhin noch der Schutz gewährleistet werden, indem man gezielt ableitet. Das korrespondiert mit der Grafik auf der vorherigen Seite. Wenn man in dieser Darstellung den untersten Balken anschaut, dann geht der grüne Streifen mit vollständigem Schutz bis zu HQ<sub>100</sub>, dann kommt ein gelber Bereich mit begrenztem Schutz und bei einem grössten Hochwasser wären selbst diese Anlagen nicht mehr geschützt. Das ist das Schutzziel, das so formuliert ist.

Regierungsrat Matter Hans sagt, dass die Vorgabe des Bundes ja mehr oder weniger vorgegeben ist. Das ist so. Die Frage ist, ob der Kanton dabei überhaupt noch Spielraum hat.

Wenn wir heute diese Aussage im Parlament unterstützen, dann geben wir sicher den Rahmen, in dem der Regierungsrat in der weiteren Planung weiterarbeiten kann oder darf, sehr weit vor. Wenn ich jetzt auf die parlamentarische Anmerkung der FDP-Fraktion zu reden komme, dann haben wir dort in der Bandbreite 25 HQ wenige auf 75 oder 25 HQ mehr auf 125. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dabei zu berücksichtigen, dass das auf den ersten Blick eine sehr präzise Zahl – 75, 125 – ist. Man könnte den Eindruck haben, es sei fast eine mathematische Geschichte. Der Kommissionssprecher Vogler Hansruedi hat es bereits angetönt, dass in diesem Bereich eine gewaltige Unschärfe besteht. Es ist ein Konzept dahinter, in dem Berechnungen angestellt werden. Man kann das ganz einfach daran illustrieren, dass wir im letzten Jahr in gewissen Gebieten ein 300jähriges Hochwasser erlebt haben. In gewissen Bereichen war es nur ein 50jähriges. Das Wetter braucht nur irgendwo zu kehren, und schon wird die ganze Jährlichkeit auf den Kopf gestellt. Es ist also ein sehr unscharfer Bereich. Ich würde sagen, dass man sich in der Spannbreite zwischen 75 und 125 HQ, welche die FDP-Fraktion vorschlägt, die Frage stellen kann, ob es in diesem engen Rahmen überhaupt Sinn macht, Varianten zu studieren.

Für mich ist die zentrale Frage, welche Präzision oder Verbindlichkeit die Aussage hat, wenn wir heute den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Heisst das, der Regierungsrat darf kein Projekt ausarbeiten, das etwas mehr Schutz bietet oder etwas weniger? Ist das genau der Punkt, so gut man das fachlich überhaupt präzisieren kann?

Nach meiner politischen Beurteilung sollte die Aussage heissen: HQ<sub>100</sub> ist das Minimum, das der Regierungsrat für dieses Projekt gewährleisten muss. Es sollte jedoch nach oben offen sein. Ich möchte das wie folgt präzisieren: Wenn sich in der detaillierten Bearbeitung zeigt, dass man durch die eine oder andere Massnahme mit relativ bescheidenen Mehrkosten den Schutz bedeutend vergrössern kann, dann muss der Regierungsrat diesen Spielraum haben und nicht sagen, das Parlament habe 100 Punkte beschlossen. Das scheint mir persönlich wichtig. Mir scheint die politische Botschaft wichtig: HQ<sub>100</sub> ist ein Level, der mindestens erreicht werden muss. Der Regierungsrat soll jedoch einen gewissen Spielraum haben, um mit gesteigerten Mehrkosten einen besseren Schutz zu erreichen.

Ich glaube, aus diesen Voten wird von selbst klar, dass ich den Grundgedanken des Vorschlags der FDP-Fraktion unterstütze. Den konkreten Antrag hingegen finde ich so nicht sinnvoll und werde ihn deshalb nicht

unterstützen.

**Ming Martin:** Der Kommissionssprecher Vogler Hansruedi wies zu Recht darauf hin, dass wir von den drei folgenden Punkten d., e., und f. zustimmend Kenntnis nehmen. Mit anderen Worten – so hat er das ausgeführt – bestätigen wir damit die eingeschlagene Richtung. Die eingeschlagene Richtung heisst gemäss Buchstabe d. HQ<sub>100</sub>.

Die FDP-Fraktion will heute mit ihrem blauen Blatt überhaupt nichts Neues. Sie will auch den Fahrplan einhalten und sie will auch den Weg des Regierungsrats gehen. Die Fraktion der FDP möchte auch in einer offenen Art und mit einer breiten Sichtweise Abklärungen vorantreiben. Mit dem blauen Blatt verfolgt die FDP-Fraktion das Ziel, im Zeitpunkt der Entscheidung eine Variantenvielfalt zu haben. Wir möchten unbedingt verhindern, dass man im Zeitpunkt des Entscheids diesen Entscheid eventuell nicht fällen kann und zum Start zurückkehren muss, um die Datenerhebungen auszuweiten oder nachzuholen. Man kann sich fragen, welches Verfahren mehr oder weniger Zeit beanspruchen wird.

Ich bin etwas überrascht über die Diskussion, die bisher stattgefunden hat, überrascht, mit welcher Sicherheit das HQ<sub>100</sub> als richtig festgesetzt werden kann. Ich persönlich kann die Richtigkeit so nicht bestätigen. Ich weiss es schlichtweg einfach nicht. Ich bitte Sie daher, die Bandbreite von diesem HQ<sub>100</sub> wirklich auszudehnen. Immerhin liegen zwischen den Jahren 75 und 125 und den zwei Ereigniskriterien 50 Jahre. Das ist ja nicht nur ein Klacks. Ich denke, das sollte sich im Ergebnis niederschlagen.

Wir möchten entscheiden können, wenn Entscheide anstehen. Wir müssen entscheiden, wenn ein Entscheid ansteht. Das wird ein sehr wichtiger Entscheid von grosser Tragweite sein. Ich leite daraus ab, dass es unsere Pflicht ist, über die Ausdehnung der HQ-Werte nachzudenken und entsprechende Daten zu erheben. Für diesen wichtigen Entscheid möchte ich schliesslich Unterlagen, die mit möglichst grösster Betrachtungsweise entstanden sind. Ich denke, nur auf Grund solcher Unterlagen können wir im gegebenen Zeitpunkt den Aufwand und den Ertrag optimal aufeinander abstimmen.

Das Projekt wurde bisher sehr, sehr seriös angegangen. Ich denke, es sollte mit der gleichen Seriosität weitergehen. Ich bin eigentlich auch überzeugt, dass es mit der gleichen Seriosität weitergeht. Ich denke aber auch, dass eine breitere Betrachtungsweise dazu beiträgt, dass die Unterlagen noch seriöser sind.

Ich bitte Sie, dem Antrag der FDP-Fraktion gemäss blauem Blatt zu Buchstabe d. zuzustimmen.

**Vogler Hansruedi:** Ich möchte nochmals zu bedenken

geben, das ein  $HQ_{100}$  nicht eine so fixe Zahl ist, wie es nun dargestellt wurde, dass man sagen könnte,  $HQ_{125}$  sei 25 Prozent höher.  $HQ_{100}$  sagt eigentlich nichts anderes, als dass es ein Schutzziel ist, das man bestimmt, damit ein Ereignis, das statistisch gesehen in 100 Jahren einmal eintritt, schadlos abgeleitet ist.  $HQ_{75}$  käme für mich sowieso nicht in Frage, weil  $HQ_{100}$  in diesem Fall das Minimum ist. Das Problem ist: Wenn wir eine solche Unschärfe haben und den Planern den Auftrag erteilen, auszurechnen, was die 25 Prozent mehr an Kosten ausmachen, dann muss ich Ihnen sagen, dass die Planer die Kosten nehmen und 25 Prozent dazuschlagen werden. Das ist nicht richtig, weil nämlich die Berechnung sehr aufwändig ist und die Kostenberechnung in der jetzigen Phase, allein schon plus/minus 25 Prozent beinhaltet. Sie ist nicht genau. Das ist gar nicht möglich, und man hat ja die Unterlagen für eine solche Berechnung nicht. Unser Ziel müsste es sein, dem Regierungsrat zu sagen: "Wir bestätigen euren Weg, geht so weiter und bleibt auf dem  $HQ_{100}$  mit einer Spannweite von 75 bis 125 und zeigt uns auf, wie das Detailprojekt nachher aussieht." Dann vergisst man etwas Wichtiges: Wenn Sie die Tabelle auf Seite 11 anschauen, dann sehen Sie, dass unter den Balken steht "Sonderobjekte, Sonderrisiken im Einzelfalle zu bestimmen". Das heisst, im Prinzip ist  $HQ_{100}$  die Grössenordnung. Wir haben aber wesentliche Sonderrisiken als Beispiel. Wir haben zum Beispiel eine Kirche, die von internationaler Bedeutung ist. Wir sagen, diese Kirche ist nur mit einem 300jährigen Hochwasserschutzziel zu schützen. In diesem Falle werden wir wegen dieser Kirche den ganzen Talboden für ein 300jähriges Ereignis ausbauen. Das ist absolut falsch. Das würde so viel kosten. Aber das Sonderisiko der sehr wichtigen Kirche mit den Fresken und weiss ich was alles, kann man separat schützen. Das sind die Sonderrisiken, die selbstverständlich ins Projekt einfließen und dort auch entsprechend berücksichtigt werden.

Wenn man noch ein anderes Schutzziel definieren will, dann lieber ein 150- oder 200jähriges. Dann sind wir aus dem unscharfen Bereich von 100 oder 125 heraus.

**Vogler Paul:** Es geht um die Verbesserung der Hochwassersicherheit des Sarneraats. Fachleute des Kantons und fremde Fachleute zeigen uns fast 20 Varianten auf. Ich bin sehr froh, dass bereits nur noch drei vorliegen und weiterverfolgt werden. Als Grundlage für diese Varianten wird eben das vielgenannte Schutzziel  $HQ_{100}$  dargestellt.  $HQ_{100}$  wird unterschiedlich gehandhabt, je nachdem, Sie sehen das auf Seite 12.

Wie kam man auf  $HQ_{100}$ ? Es sind Grundlagen des Bundes, die auch andersorts angewendet wurden. Es hat laut Aussagen von Regierungsrat Matter Hans

einen Zusammenhang mit der Sprechung der Beiträge. Es fand auch ein Workshop mit allen Beteiligten im Sarneraatal statt. Dort ging es in der Diskussion ebenfalls um das vorliegende Schutzziel.

Zum Antrag der FDP-Fraktion: Die Schutzziele 75 und 125 kann ich nicht unterstützen. Die Berechnungen basieren auf  $HQ_{100}$ . Unterschiede im Plus oder Minus kann es – wie es bereits auch schon gesagt wurde – fast keine mehr geben. Wenn man andere Berechnungen möchte, meine ich, müsste man auf  $HQ_{50}$  oder Extrem- $HQ$  gehen, wie wir sie auch in den Grundlagen haben, wo die Schutzziele auch wieder auf andere Zahlen ausgerichtet werden können. Schlussendlich müssen wir uns dann die Frage stellen, wo der Bund mithilft. An anderen Orten war das bei  $HQ_{100}$ . Wenn man auf 50 ginge, müsste man sich das überlegen. Wie auch schon erwähnt wurde, geht es um eine Gleichstellung mit anderen Projekten im Kanton, bei denen ebenfalls  $HQ_{100}$  angewendet wurde.

Ich bin für die Vorlage des Regierungsrats, die Buchstaben d., e. und f., vor allem Buchstabe d. zustimmend zu genehmigen.

**von Rotz Christoph:** Ich möchte nicht allzu lange werden. Ich habe jedoch noch die Zusammenstellung auf den Seiten 14 und 15, die vielleicht noch hilft, ob man überhaupt noch über  $HQ_{100}$  diskutieren muss. Da sieht man in der Graphik 15, dass 50 Prozent mehr Investitionen schnell einmal fast 10 Zentimeter des Seespiegels ausmachen. Ich glaube, diese Diskussion möchte die FDP-Fraktion mit dem blauen Blatt, damit man sieht, mit wie viel mehr oder weniger Investitionen wir das Schutzziel erhöhen können. Ich glaube, diese Frage ist automatisch erledigt. Wir haben die drei Varianten, eine links durchs Tal und eine rechts und eine ab durch die Mitte. Alle haben ihre Risiken, die wir heute noch nicht abschätzen können. Ich denke, das ist es, was der Regierungsrat heute machen muss.

In diesem Sinne kann ich das FDP-Blatt auch nicht unterstützen. Ich glaube, das entscheidet sich dann bei der Frage, ob wir 21 bis 24 Millionen Franken investieren und uns dann mit dieser Lösung an der Schadensgrenze bewegen, wenn ein solches Ereignis eintritt, oder ob wir eben rund 50 Millionen Franken investieren und damit 10 Zentimeter unter dem Schadensereignis sind. Ich glaube, das ist es, was die FDP-Fraktion möchte. Das wollen wir alle auch. Wenn das Ereignis eintritt – das haben wir in Sachseln gesehen –, sind alle glücklich und zufrieden, wenn es keine Schäden gibt.

*Abstimmung: Mit 40 zu 8 Stimmen wird die Parlamentarische Anmerkung der FDP-Fraktion abgelehnt.*

*Rückkommen wird nicht verlangt.*

*Schlussabstimmung: Mit 50 zu 0 Stimmen wird vom Bericht des Regierungsrats Kenntnis genommen, namentlich von dem für das Sarneraatal definierten Hochwasserschutzziel HQ<sub>100</sub>, den drei im Detail weiter zu verfolgenden Massnahmenvarianten zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal sowie vom geplanten weiteren Projektablauf des Projekts zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal.*

*Schluss der Sitzung: 13.15 Uhr.*

Im Namen des Kantonsrats

Der Präsident:

Brun Dominik

Der Protokollführer:

Wallimann Urs

*Das vorstehende Protokoll vom 30. Juni 2006 wurde von der Ratsleitung des Kantonsrats an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2006 genehmigt.*